



Protokoll des Zürcher Kantonsrates

54. KR-Sitzung, Montag, 13. Mai 2024, 08:15 Uhr

Vorsitz: *Jürg Sulser (SVP, Otelfingen)*

Verhandlungsgegenstände

- 1. Mitteilungen 2**
Ratsprotokolle zur Einsichtnahme
- 2. Eintritt eines neuen Mitglieds des Kantonsrates 2**
für Anne-Claude Hensch Frei
KR-Nr. 155/2024
- 3. Wahl eines Ersatzmitglieds des Obergerichts 3**
für Eva Borla-Geier
Antrag der Interfraktionellen Konferenz
KR-Nr. 373/2023
- 4. Wahl eines Ersatzmitglieds des Obergerichts 4**
für Rok Bezgovsek
Antrag der Interfraktionellen Konferenz
KR-Nr. 391/2023
- 5. Stärkung des Milizsystems durch Halbierung der Sitzungstage 5**
Antrag der Geschäftsleitung vom 18. Januar 2024 zur
parlamentarischen Initiative von Tobias Weidmann
KR-Nr. 182/2022
- 6. Finanzkrise bei den Zürcher Spitälern 37**
Dringliche Interpellation Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), Brigitte
Rösli (SP, Illnau-Effretikon), Nicole Wyss (AL, Zürich), Claudia Frei
(GLP, Uster), Tina Deplazes (Die Mitte, Hinwil) vom 15. April 2024
KR-Nr. 123/2024; *Fortsetzung der Beratung vom 6. Mai 2024*
- 7. Sozialhilfegesetz: Entschlackung durch Streichung der Pflicht zum
Wechsel der Krankenkasse 51**

Parlamentarische Initiative Jeannette Büsser (Grüne, Horgen), Alan David Sangines (SP, Zürich), Nicole Wyss (AL, Zürich) vom 22. Januar 2024

KR-Nr. 28/2024

8. Verschiedenes..... 61

Fraktions- und persönliche Erklärungen

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

1. Mitteilungen

Geschäftsordnung

Ratspräsident Jürg Sulser: Das heutige Geschäft mit der Traktandennummer 6 (KR-Nr. 123/2024) behandeln wir nach der Pause.

Wünschen Sie das Wort zur Geschäftsliste? Dies ist nicht der Fall. Wir fahren fort wie vorgesehen.

Ratsprotokolle zur Einsichtnahme

Auf der Webseite des Kantonsrates sind einsehbar:

- Protokoll der 52. Sitzung vom 29. April 2024, 8.15 Uhr
- Protokoll der 53. Sitzung vom 6. Mai 2024, 9.15 Uhr

2. Eintritt eines neuen Mitglieds des Kantonsrates

für Anne-Claude Hensch Frei

KR-Nr. 155/2024

Ratspräsident Jürg Sulser: Wir dürfen heute ein neues Ratsmitglied begrüßen, und zwar anstelle von Anne-Claude Hensch Frei. Die Direktion der Justiz und des Innern hat uns folgende Verfügung zukommen lassen.

Ratssekretärin Monika Wicki verliest die Verfügung der Direktion der Justiz und des Innern vom 30. April 2024: «Ersatzwahl eines Mitglieds des Kantonsrates für die Amtsdauer 2023 bis 2027 im Wahlkreis VI, Stadt Zürich, Stadtkreise 11 und 12.

Die Direktion der Justiz und des Innern, gestützt auf Paragraph 108 des Gesetzes über die politischen Rechte vom 1. September 2003, verfügt:

Als Mitglied des Kantonsrates im Wahlkreis VI, Stadt Zürich, wird für die zurücktretende Anne-Claude Hensch Frei (Liste 08, Alternative Liste [AL]) als gewählt erklärt:

Gianna Berger, geboren 1999, Pflegefachfrau HF, Kinder- und Jugendpsychiatrie, wohnhaft in Zürich.»

Ratspräsident Jürg Sulser: Ich bitte, die Gewählte eintreten zu lassen. Gianna Berger, die Direktion der Justiz und des Innern hat Sie als Mitglied des Kantonsrates als gewählt erklärt. Bevor Sie Ihr Amt ausüben können, haben Sie gemäss Paragraf 4 des Kantonsratsgesetzes das Amtsgelübde zu leisten.

Ich bitte, die Türen zu schliessen. Die Anwesenden erheben sich. Ich bitte die Ratssekretärin, das Amtsgelübde zu verlesen.

Ratssekretärin Monika Wicki verliest das Amtsgelübde: «Ich gelobe als Mitglied dieses Rates, Verfassung und Gesetze des Bundes und des Kantons Zürich zu halten, die Rechte der Menschen und des Volkes zu schützen und die Einheit und Würde des Staates zu wahren. Die Pflichten meines Amtes will ich gewissenhaft erfüllen.»

Ratspräsident Jürg Sulser: Gianna Berger, Sie leisten das Amtsgelübde, indem Sie mir die Worte nachsprechen: «Ich gelobe es.»

Gianna Berger (AL, Zürich): Ich gelobe es.

Ratspräsident Jürg Sulser: Ich danke Ihnen und heisse Sie herzlich willkommen. Sie können Ihren Platz einnehmen. Sie können wieder Platz nehmen, die Türen können geöffnet werden.

Das Geschäft ist erledigt.

3. Wahl eines Ersatzmitglieds des Obergerichts

für Eva Borla-Geier

Antrag der Interfraktionellen Konferenz

KR-Nr. 373/2023

Markus Schaaf (EVP, Zell), Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK): Die IFK schlägt Ihnen als Ersatzmitglied am Obergericht für Eva Borla-Geier vor:

Jasmin Stark, Zürich.

Ratspräsident Jürg Sulser: Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Diese Wahl kann offen durchgeführt werden oder wird geheime Wahl beantragt? Das ist ebenfalls nicht der Fall.

Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, erkläre ich, gestützt auf Paragraf 124 Absatz 2 des Kantonsratsgesetzes, Jasmin Stark als gewählt. Ich gratuliere zur Wahl und wünsche Erfolg und Befriedigung im Amt.

Das Geschäft ist erledigt.

4. Wahl eines Ersatzmitglieds des Obergerichts

für Rok Bezgovsek

Antrag der Interfraktionellen Konferenz

KR-Nr. 391/2023

Markus Schaaf (EVP, Zell), Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK): Als weiteres Ersatzmitglieds des Obergerichts schlägt Ihnen die IFK vor:

Fabio Manfrin, Winterthur.

Ratspräsident Jürg Sulser: Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Diese Wahl kann offen durchgeführt werden oder wird geheime Wahl beantragt? Das ist ebenfalls nicht der Fall.

Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, erkläre ich, gestützt auf Paragraf 124 Absatz 2 des Kantonsratsgesetzes, Fabio Manfrin als gewählt. Ich gratuliere zur Wahl und wünsche Erfolg und Befriedigung im Amt.

Das Geschäft ist erledigt.

5. Stärkung des Milizsystems durch Halbierung der Sitzungstage

Antrag der Geschäftsleitung vom 18. Januar 2024 zur parlamentarischen Initiative von Tobias Weidmann

KR-Nr. 182a/2022

Ratspräsident Jürg Sulser: Die Kommissionsmehrheit hat den Antrag auf Ablehnung der PI gestellt. Dies ist bekanntlich einem Antrag auf Nichteintreten gleichzustellen. Es liegt ein Minderheitsantrag von Tobias Weidmann und Mitunterzeichnenden vor, der PI zuzustimmen. Sollte dem Minderheitsantrag zugestimmt werden, würde das Geschäft an die Kommission zur Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs zurückgewiesen.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach), Referent der Geschäftsleitung (GL): Die Geschäftsleitung hat die PI 182/2022 von Tobias Weidmann, «Stärkung des Milizsystems durch Halbierung der Sitzungstage», an vier Sitzungen beraten. Die Mehrheit der Geschäftsleitung beantragt Ihnen, die Initiative abzulehnen und nicht weiter zu behandeln. Zwar anerkennt sie, dass der Ratsbetrieb immer wieder auf seine Miliztauglichkeit hin zu prüfen ist, so wie dies die Initianten in ihrer Begründung auch angeben. Die Mehrheit der Geschäftsleitung bezweifelt jedoch, dass die Halbierung der Sitzungstage die Miliztauglichkeit des Parlaments tatsächlich erhöht und nicht einfach neue Nachteile schafft.

Der Kantonsrat tagt im wöchentlichen Sitzungsrhythmus am Montagmorgen seit Anfang des 20. Jahrhunderts. Im Jahr 2022 hielt der Kantonsrat 53 Sitzungen ab, davon zwölf am Nachmittag. Die PI Weidmann verlangt nun, dass der Rat nur noch Doppelsitzungen abhält, und dies im Zweiwochenrhythmus. Die Mehrheit der Geschäftsleitung sieht darin gerade für Kantonsratsmitglieder, die im Angestelltenverhältnis stehen, keinen Vorteil, sondern eher einen Nachteil. Von vielen Angestellten wird nämlich eine regelmässige Präsenz im Wochenrhythmus erwartet. Viele Arbeitgebende sind nicht bereit, Arbeitspläne im alternierenden Zweiwochenrhythmus zu machen und sich jede Woche zu vergewissern, ob jetzt ihre Mitarbeitenden im Kantonsrat sitzen oder zur Arbeit kommen können. Dadurch entsteht für die Mitglieder des Kantonsrates auf dem Arbeitsmarkt ein Nachteil. Oder sie sind halt eben jeden zweiten Montag nicht beschäftigt.

Ein Zweiwochenrhythmus käme auch der Vereinbarkeit von Ratstätigkeit und Kinderbetreuung nicht entgegen; einerseits, weil dies die Koordination mit ebenfalls erwerbstätigen Lebenspartnerinnen und -partnern massiv erschwert. Andererseits lassen sich die meisten Kinderkrippen nur im Wochen-

rhythmus buchen und nicht im Zweiwochenrhythmus. Aus diesem Gesichtspunkt wird das Milizsystem mit dem Zweiwochenrhythmus also nicht gestärkt, sondern eher geschwächt.

Als problematisch erachtet die Mehrheit der GL aber auch die Auswirkungen auf den Fraktions- und Kommissionsbetrieb. Fraktionssitzungen zwischen Doppelsitzungen sind kurz und die Geschäfte müssen materiell knapp und teilweise oberflächlich beraten werden. Das ist bisweilen unbefriedigend. In einem 14-Tagesrhythmus würde sich dies verschärfen und es würde dazu führen, dass für Rückmeldungen der Fraktionen an die Kommissionen bis zu einem Monat und mehr Zeit eingeräumt werden müsste. Würden sich die Fraktionen aber trotzdem im Wochenrhythmus treffen, um zum Beispiel den Kommissionsbetrieb zu unterstützen und die Geschäfte auch eingehender zu beraten, wie dies grundsätzlich nötig ist, wäre der gewünschte Effekt der PI, nämlich jeden zweiten Montag frei zu haben, schon wieder dahin. Das Zusammenspiel zwischen Ratssitzungen, Fraktions- und Kommissionssitzungen funktioniert im heutigen Wochenrhythmus sehr gut und es gibt darum für die Mehrheit der GL keinen Grund, dieses Zusammenspiel zu stören. Die Minderheit der GL möchte, dass die PI zurück in die GL geht und eine Vorlage ausgearbeitet wird. Ein 14-tägiger Rhythmus fördere die Vereinbarkeit von Politik mit Beruf, Familie, Vereinswesen und anderem. Die Minderheit geht davon aus, dass der Ratsbetrieb im Zweiwochenrhythmus gleich effizient bleibt. Deshalb sei nicht einzusehen, weshalb der Kantonsrat jeden Montag aus allen Kantonsteilen nach Zürich pendeln müsse. Mit dem wöchentlichen Rhythmus stosse der Kantonsrat an eine Grenze, und zwar an die Grenze der Miliztauglichkeit, wodurch gewisse Personengruppen vom Kantonsratsmandat ausgeschlossen würden. Dies seien vor allem die Selbstständigerwerbenden. Die Minderheit der GL sieht zudem auch Vorteile für den Ratsbetrieb. In Doppelsitzungen können grosse Vorlagen am selben Tag behandelt werden. Und bei hoher Geschäftslast könne man ja am selben Tag noch eine dritte Sitzung, also eine Abendsitzung, anhängen, damit man nicht ein weiteres Mal nach Zürich reisen müsse. Die Minderheit betont zudem, es gehe ihr nicht darum, die Geschäftsbehandlung zu verzögern, sondern mit dem Zweiwochenrhythmus ein paralleles Erwerbsleben zu ermöglichen. Die GL empfiehlt Ihnen die PI zur Ablehnung und nicht zur weiteren Bearbeitung.

Minderheitsantrag von Tobias Weidmann, Martin Farner-Brandenberger, Marzena Kopp, André Müller, Romaine Rogenmoser und Urs Waser: I. Der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 182/2022 von Tobias Weidmann wird zugestimmt. Sie wird an die Geschäftsleitung zur Ausarbeitung eines Gesetzgebungsentwurfs zurückgewiesen.

Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen): Vielen Dank für die Vorstellung der Vorlage. Ich gebe zu, mir gefällt das jetzige System, ich kann damit gut leben, aber es gibt doch Verbesserungspotenzial. Es ist nun mehr als ein Jahr her, seit wir im Januar 2023 diese Initiative überwiesen haben, um dieses Milizsystem zu stärken, indem wir die Sitzungsfrequenz anpassen. Und im Februar 2023 hörte mich die Geschäftsleitung an. Und an derselben Sitzung wurde dann mit 6 zu 4 Stimmen und einer Enthaltung entschieden, dass man hier keine Gesetzesänderung vorsieht, wie das von meinem Vorsprecher gut erläutert wurde.

Die Minderheit der Geschäftsleitung ist jedoch der Ansicht, dass diese Ausarbeitung einer Vorlage nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig ist, um, wie gesagt, diese Vereinbarkeit zwischen Politik, Beruf, Familie oder weiteren Lebensbereichen zu verbessern. Es geht einfach um eine Verbesserung. Und aus diesem Grund beantragen wir weiterhin, dieser Initiative zuzustimmen und hier diese Vorlage oder diesen Vorstoss an die Geschäftsleitung zur Ausarbeitung zurückzuweisen.

Unseren Vorschlag, den Sitzungsrythmus auf zwei Wochen auszudehnen, stützen wir mit der Überzeugung, dass die gleiche Arbeitsleistung und die gleiche Arbeitsqualität sichergestellt werden können; das ist die Grundvoraussetzung. Und wir sind überzeugt, dass wir das mit einem Zweiwochenrythmus können. Ich mache Ihnen ein kleines Zahlenbeispiel: Es wurde gesagt, dass zwölf Sitzungen bereits am Nachmittag stattfinden, das heisst 24 Sitzungen finden an einer Doppelsitzung statt. Wenn wir von einem Jahr ausgehen, sind das 53 Sitzungen. Das heisst also, dass wir mit zwölf Montagen 45 Prozent aller Sitzungen abdecken. Mit zwölf Montagen, den Doppelsitzungen – das sind 24 Sitzungen – decken wir 45 Prozent aller Sitzungen ab. Das heisst, wir müssen nur die restlichen 29 Montage, an denen nur am Morgen Sitzung ist, auf 14 Sitzungen zusammenlegen. Das heisst, wir können die totalen Montage von 41 auf 26 reduzieren, haben aber gleichzeitig keinen Sitzungsverlust. Es bleibt also die Arbeitsbelastung und die Arbeitsqualität, die Qualität, bleibt bestehen. Wir haben dann also 26 Montage, das sind Doppelsitzungen. Wenn man zu wenige Traktanden hat, kann man einen Nachmittag streichen. Man kann auch anhängen, denn es ist ja nur eine Regel, man kann auch hinzuzufügen. Jetzt steht «in der Regel wöchentlich», danach steht «in der Regel alle zwei Wochen». Sollte das nicht reichen, kann man das frühzeitig entsprechend planen, so wie man das jetzt auch schon macht, indem man bei einer Budgetdebatte auf den Dienstag ausweicht. Also es geht hier darum, mehr Effizienz zu generieren, so dass ich nicht 41-mal anreisen muss. Und ich spreche jetzt nicht nur für mich, ich spreche aus der

Erfahrung als Bezirksparteipräsident. Vor vier Jahren habe ich viele Gespräche mit Kantonsratskandidatinnen und -kandidaten gehabt, und es zeigte sich einfach, dass diese Mühe damit haben, wenn man sagt «jeden Montag bist du weg». Wenn ich ihnen sagen kann «du bist jeden zweiten Montag weg», ist es einfach anders, wenn man sich die Arbeit so einplanen kann. Dass man das Kleingewerbe, Selbstständigerwerbende so überzeugen kann, damit man hier diversifizierter und offen ist für alle Gesellschaftsschichten, im Kantonsrat teilzunehmen, da sind wir uns, glaube ich, alle einig, dass das im Interesse dieses Rates ist. Es ist ein kleiner Einschnitt, eine kleine Änderung, und auf diese sollten wir hinwirken. Wir wollen nicht die Qualität, wir wollen nicht die Arbeitsleistung mindern, wir wollen einfach die Sitzungen zusammenlegen, dass man alle zwei Wochen richtig tagt, ein bisschen intensivere Tage hat, aber man kann dann vielleicht auch effizienter beraten, weil man eine Vorlage oder ein Gesetz durch einen ganzen Tag bringen kann und nicht sich wiederholende Argumente nochmals eine Woche später hat. Aber Sie können jetzt den Praxisversuch gleich machen: Nächsten Montag müssen Sie nicht kommen (*wegen Pfingsten*), sondern erst wieder in zwei Wochen, und dann schauen Sie mal, wie sich das anfühlt: Es wird schön sein und so wäre es dann einfach das ganze Jahr. Ich glaube, man kann gut hier diesen mutigen Schritt wagen und wir wären auch nicht der einzige Kanton, der das so handhabt.

Und um auf die einzelnen Montage zu kommen: Der Montag ist kaputt, da haben Sie die Fraktionssitzungen und andere Sitzungen, die können Sie zusammenlegen. Ich danke für die Unterstützung der Minderheit.

Sibylle Marti (SP, Zürich): Diese PI will angeblich die Miliztauglichkeit stärken mit einer Halbierung der Sitzungstage, indem wir uns hier nur noch jeden zweiten Montag treffen, wir haben es gehört. Diese PI ist aus unserer Sicht absolut undurchdacht und sie fördert auch die Miliztauglichkeit überhaupt nicht, im Gegenteil: An normalen Montagen, an denen wir eine Morgensitzung haben, sind wir alle um 15 Uhr, vielleicht manchmal, aber dann sicherlich um 16 Uhr fertig mit unseren Fraktionssitzungen, und das bedeutet, dass wir dann Zeit haben für nächste Termine in der Politik. Man kann aber auch noch kurz ins Büro oder eben ins eigene Geschäft gehen und schauen, was gelaufen ist, und die wichtigsten Dinge noch erledigen. Dieser Vorteil fällt weg, wenn wir ständig Doppelsitzungen haben. Zudem ist es ja heute schon so, dass, wenn wir eine Doppelsitzung haben, gegen 17 Uhr eine merkliche Unruhe in diesem Saal ausbricht. Und das betrifft vor allem Sie, liebe bürgerliche Ratskolleginnen und Ratskollegen. Was nämlich der Fall ist, ist, dass viele von Ihnen dann in die Exekutive müssen. Sie müssen an Ihre Stadt- und Gemeinderatssitzungen auf dem Land. Ich frage Sie, ich

frage auch Tobias Weidmann: Ist es Ihnen egal, wenn auf Ihrer Seite dann jeweils grosse Lücken sind?

Eine Halbierung der Sitzungstage würde vor allem aber auch eine Halbierung der Fraktionssitzungen bedeuten. Wir haben es schon gehört, es würde nur noch kurze Fraktionssitzungen über den Mittag geben. Das bedeutet, es bleibt wenig Zeit für Diskussion und es bleibt wenig Zeit dafür, alle Geschäfte und alle Vorstossideen in der nötigen Tiefe zu behandeln. Darunter leidet die Qualität der Auseinandersetzung und vor allem leidet die Qualität der Behandlung der Geschäfte in den Kommissionen, weil sie noch länger dauern wird als heute schon. Es dauert heute schon rund vier Jahre von der Einreichung eines Vorstosses bis das Geschäft mit einem Ergebnis abgeschlossen wird. Teilweise dauert es länger, und das ist übrigens auch für Vorlagen der Regierung so. Wenn wir jetzt nur noch jede zweite Woche Fraktionssitzung haben, wird das die Arbeit in den Kommissionen erheblich verlängern. Und wenn Sie ehrlich sind, wissen Sie: Es ist schon heute so, dass nach kurzen Fraktionssitzungen nach Doppelsitzungen viele Fraktionen kommen und sagen: Ah, wir hatten keine Zeit, dieses Geschäft oder jenen Vorstoss zu behandeln, wir sind noch nicht beschlussreif. Wenn das der Dauerzustand wird, wie sollen dann in den Kommissionen grosse und komplexe Geschäfte je überhaupt zu Ende beraten werden?

Wir haben heute schon das Problem, dass die institutionelle Politik eher zu langsam ist angesichts der Herausforderungen, die wir bewältigen sollten und die sich stellen, und mit dieser PI wird das schlimmer. Wir haben den Initianten dieser PI all die Probleme, die ich jetzt ganz kurz umrissen habe, in der Geschäftsleitung des Kantonsrates, wo wir das Geschäft vorbehandelt haben, auch aufgezeigt, wir haben darauf hingewiesen. Und wir haben auf keines dieser Probleme eine befriedigende Antwort erhalten.

Diese parlamentarische Initiative ist, mit Verlaub, eine Schnapsidee. Offenbar wollen Sie, liebe bürgerliche Ratskolleginnen und -kollegen, einfach bewusst Obstruktionspolitik machen in diesem Rat. Sie wollen bewusst in Kauf nehmen, dass in Zukunft alle Geschäfte noch länger dauern als heute schon. Gleichzeitig verlangen Sie dann immer ganz lautstark «mehr Ratseffizienz, mehr Ratseffizienz!» – bitteschön, wie soll das zusammengehen?

Wir sind gewählt worden, um Probleme und Aufgaben in diesem Kanton zu lösen. Und wir sind nicht dafür gewählt worden, jeden zweiten Montag frei zu haben. Ich bitte Sie, liebe bürgerliche Ratskolleginnen und Ratskolleginnen, tun Sie Ihre Arbeit, tun Sie Ihre Pflicht und lehnen Sie diese parlamentarische Initiative mit uns zusammen ab.

Martin Huber (FDP, Neftenbach): Ah, das tönt ja wieder schön am Montagmorgen, von Arbeitsverweigerung ist die Rede. Das stimmt doch überhaupt

nicht. Wir machen genug Sitzungen, auch wenn wir jedes zweite Mal kommen. Und gerade die linke Seite sagt doch immer «wir sind progressiv, wir machen vorwärts und wir packen Sachen an». Es ist schade, dass die GL nicht einmal weiterdenken will und sich dem Problem einmal annimmt oder einmal neue Lösungen kreieren will. Nur weil etwas schon seit gefühlt fast dem Rütlichschwur so ist, muss es nicht immer so bleiben. Man kann durchaus mal out of the box denken. Und wenn wir schon so lange den Wochenrhythmus haben, dann müssten ja die Kantone, die nur alle zwei Wochen tagen, 50 Jahre hinter uns sein mit allen Beschlüssen, das wäre ja dann die Konsequenz daraus.

Tobias Weidmann hat das meiste schon ausgeführt, ich will da jetzt nicht alles wiederholen. Aber weniger Präsenzzeit heisst nicht unbedingt, dass wir weniger effizient sind. Und wenn wir jede zweite Woche auch mal etwas mehr Freiraum haben, kann das auch für die Familie genutzt werden. Und zu guter Letzt: Es schont die Umwelt, wenn nicht von jeder Ecke dieses Kantons hier in die Bullinger-Kirche (*Rathaus Hard*) gefahren wird. Und bei den kleinen Unternehmen ist halt auch die Präsenzzeit schön, wenn man mal eine Woche ganz zur Verfügung hat.

Wir sind nach wie vor der Meinung: Es ist eine gute Idee und man sollte einmal darüber nachdenken und eine Lösung finden, um vielleicht doch weniger Sitzungstage zu haben. Bitte stimmen Sie mit der FDP dieser PI zu.

Christoph Ziegler (GLP, Elgg): Vorab, die GLP lehnt diese PI dezidiert ab. Dafür gibt es verschiedene gute Gründe, die ich Ihnen gerne erläutere: Die Antragsteller möchten nur noch alle zwei Wochen in den Kantonsrat kommen, damit sie neben dem politischen Amt genug Zeit für Beruf und Familie haben. Dadurch würde das bewährte Milizsystem aber nicht gefördert, sondern erschwert werden. Leute mit einem festen Stundenplan – und damit denke ich nicht nur an die Lehrerinnen und Lehrer, sondern auch an viele andere Angestellte – würden dann vielleicht jede zweite Woche untätig zu Hause herumsitzen. Für diese grosse Personengruppe würde ein Kantonsratsmandat also unattraktiv. Externe Kinderbetreuung wird erschwert. Man muss quasi jede Woche neu verhandeln, ob und wann man sein Kind in die Krippe bringen kann, also auch für junge Eltern eine unnötige Erschwernis. Wenn man sich für ein Kantonsratsmandat bewirbt, ist es seit Jahrzehnten klar, was erwartet wird, worüber man mit einem Arbeitgeber oder mit der Kinderbetreuung verhandeln muss. In einigen Zürcher Gemeinden, so auch in der zweit- und der drittgrössten Stadt des Kantons Zürich, tagen am Montagabend die kommunalen Parlamente. Ein Doppelmandat würde so praktisch verunmöglicht, auch hier schliesst man eine Personengruppe aus.

Am Montagsnachmittag finden die wichtigen Fraktionssitzungen statt. Sogar die Initianten haben gemerkt, dass die Arbeit in den Fraktionen entscheidend ist und nicht beeinträchtigt werden sollte. Eine sorgfältige Fraktionsarbeit würde aber durch diesen Vorstoss schwieriger. Sollen Fraktionspräsidentinnen und -präsidenten ihre Mitglieder je nach Bedarf an einem Dienstagmorgen oder am Wochenende aufbieten? Die Abende sind meiner Erfahrung nach bei den meisten von uns sowieso zeitlich schon genug belastet. Das Kantonsratsmandat wird so unattraktiver, die Aufgabe für das Fraktionspräsidium erschwert.

Die Traktandenliste ist zwar schon nicht mehr so umfangreich wie auch schon, aber es dauert eben immer noch viel zu lange, bis ein Vorstoss im Rat überhaupt behandelt wird. Aus der Gesundheitsdirektion oder aus der Bildungsdirektion sind Vorstösse hängig, die vor zwei Jahren im Kantonsrat eingereicht wurden. Und wer weiss, vielleicht stehen ja bald die da und dort versprochenen neuen Regierungsvorlagen auf der Traktandenliste.

Wir haben unsere Kantonsratspauschale erst kürzlich angepasst und erhöht. Dafür darf die Bevölkerung jede Woche effiziente, genaue und konzentrierte Arbeit erwarten. Verschiedene Exponenten der rechten Parteien haben die Erhöhung der Entschädigung damals kritisiert. Nun, da auch sie mehr Geld bekommen, wollen sie plötzlich weniger lang arbeiten. Da soll einer schlau werden aus dieser Logik.

In der Fraktion sollten Vorstösse gründlich besprochen werden. Wir sollten um Kompromisse oder gute Lösungen ringen. Man kann in der Fraktion einen Vorstoss auch verbessern und dann mit diesen Vorschlägen wieder an den Adressaten zurückgelangen und nicht einfach alle Vorstösse prophylaktisch einmal abschmettern, wenn sie aus dem ideologisch anderen Lager kommen. Wir wollen im Kantonsrat Lösungen und Verbesserungen für gesellschaftliche Probleme erreichen und keine ideologischen Schnellschüsse oder Obstruktionspolitik. Also, machen wir unsere Arbeit, dafür sind wir gewählt! Diese PI macht eine seriöse, sorgfältige Fraktionsarbeit beinahe unmöglich, erschwert die Arbeit als Kantonsrat, macht das Amt unattraktiv, schliesst viele Leute von vornherein aus und nicht zuletzt mindert sie die Bedeutung und den Wert unserer Arbeit im Kantonsrat. Mit Annahme dieser PI würden wir uns selber ins Knie schiessen. Die GLP lehnt ab.

Florian Heer (Grüne, Winterthur): Ein einzigartiger Vorstoss, das muss man ihm lassen: Bei 200 Traktanden auf der Liste die Sitzungstage zu halbieren und mindestens ein Drittel der Sitzungszeit einzukürzen – wir wissen, die Nachmittagssitzung ist kürzer als die Morgensitzung –, das ist schon wegen. Ein Postulat (*KR-Nr. 384/2021*), von mir persönlich eingereicht, ist in

der Gesundheitsdirektion über zweieinhalb Jahre auf der Traktandenliste, das ist grenzwertig, das grenzt eigentlich an Ratsverweigerung.

Aber es gibt auch noch weitere gewichtige Gründe, warum wir diese PI ablehnen: Sie ist demokratiepolitisch heikel. Die Verkürzung der Sitzungszeit wäre nur durch eine Einschränkung der Zuständigkeit des Kantonsrates umsetzbar. Es wäre eine Schwächung des Kantonsrates und unserer Aufsichtstätigkeit. Das kann nicht in unserem Sinne sein. Ein wichtiger Punkt, der noch nicht genannt wurde, ist die Terminfindung mit unseren Regierungsräten; diese würde weiter erschwert werden. Denn wenn ein Regierungsrat oder eine Regierungsrätin einen Termin hat, der gewichtig genug ist, dass er oder sie nicht an einem bestimmten Tag hier im Rat sein kann, dann ist es auch ein solch wichtiger Termin, dass dann das Erscheinen in der Nachmittags-sitzung ebenfalls verunmöglicht ist. Und nebenbei sind aus diesem Grunde – da hätten Sie vielleicht auch darauf kommen können – unsere Nachmittags-sitzungen regelmässig mit PI oder mit Geschäften der Staatskanzlei gefüllt. Die PI schränkt die Anwesenheit des Regierungsrates hier im Rat ein, und das macht keinen Sinn. Wir wissen, dass gewisse Regierungsräte sehr selten hier im Rat sind.

Die Fraktionserklärungen kämen daher wie die alte Fasnacht als Reaktion auf politische Ereignisse, das wäre erschwert. Daran müssten Sie eigentlich als oftmalige Nutzer der Fraktionserklärungen auch gedacht haben, dass es unsinnig ist, drei, vier Wochen später eine Fraktionserklärung zu machen, weil man halt einfach viel frei oder Ferien gehabt hat. Es wäre auch gut, wenn Herr Weidmann überhaupt zuhören würde, wenn wir über seinen Vorstoss sprechen.

Die Königsfrage ist nach wie vor: Wann sollen die Fraktionssitzungen stattfinden? Die kurzen Sitzungen zwischen den Doppelsitzungen bieten bekanntlich zu wenig Platz. Die komplexen und anspruchsvollen Geschäfte brauchen eine gute Vorbereitung. Dieser Schnelldurchgang durch sämtliche Geschäfte kann nicht in unserem Sinne sein und nicht im Sinne einer sinnvollen und seriösen Legiferierung. Wir Grünen wollen keine oberflächliche Behandlung der Geschäfte in der Fraktion und wären dann gezwungen, ein weiteres Mal nach Zürich in die Kantonshauptstadt zu pendeln, um uns weiterhin ein zusätzliches Mal zu treffen, was Sie ja eigentlich vermeiden wollten. Auch das ist nicht miliztauglich und eben nicht zu Ende gedacht. Der Vorschlag, den Sie hier unterbreiten, ist für Selbstständige oder Kaderpersonen, die über ihre Arbeitszeit selbstständig verfügen können, tauglich, aber nur für diese. Sie vergessen dabei die normalen Angestellten und Arbeitnehmerinnen, die «Büezer» vergessen Sie für einmal. Ein unregelmässiger Ratsbetrieb ist für Angestellte äusserst unpraktisch und er ist noch unpraktischer

für Angestellte, die in einem unregelmässigen Anstellungsverhältnis arbeiten. Menschen, die in Schicht arbeiten, wie Polizisten, Gesundheitspersonal, Betreuungspersonal, sie alle wären vom politischen Geschehen, von diesem Rat mehr oder weniger ausgeschlossen. Aber Sie wollen diese ja auch nicht unbedingt, Sie schreiben ja auch in der Begründung, dass Sie mehr Kleinunternehmertum hier im Rat möchten. Das ist ja auch bezeichnend, dass Sie das so formulieren.

Man kann Ihnen im ursprünglich konservativen Sinne vielleicht auch ein bisschen sagen, dass Sie eben im bewahrenden Denken bleiben und gar nicht so viele Vorstösse überweisen möchten oder wollen, dass sich gar nichts ändert. Wir überlegen uns, ob wir da bereits von «Veränderungsunwillen» sprechen können, auch dieses Argument müssen Sie sich eigentlich gefallen lassen.

Sie sprechen von «parallel Erwerbsleben ermöglichen». Herr Weidmann, Sie arbeiten, soviel ich weiss, nebenher. Ich frage Sie mal: Was ist Ihre Demut dieser Aufgabe und diesem Rat gegenüber? Wie gewichten Sie diese Aufgabe im Rat? Sie sind ein gewählter Volksvertreter. Es ist ein ungeheures Privileg, hier das Volk vertreten zu dürfen und unsere Arbeit seriös zu machen. Möchten Sie mehr Unternehmer oder eben eine politisch prägende Person sein? Diese Entscheidung müssen Sie selbstverständlich für sich selbst fällen. Sie schreiben auch, der 14-Tage-Rhythmus wirke disziplinierend. Herr Weidmann, ich spreche Sie wieder direkt an: Sie sind Fraktionspräsident der grössten Fraktion. Nutzen Sie andere Möglichkeiten zur Disziplinierung, wenn Sie sie für nötig halten. Nutzen Sie beispielsweise keine repetitiven Argumente wie dasjenige der Zuwanderung, setzen Sie höhere Qualitätsstandards bei Vorstössen, verlangen Sie bei unbestrittenen Geschäften nicht unnötig die Diskussion. Ich kann Ihnen gerne noch weitere Ideen liefern, Sie dürfen auf mich zukommen.

Wieder vermehrt möchten Sie eben das Kleinunternehmertum oder das einfache Gewerbe im Kantonsrat vertreten haben. Diese Forderung ist wirklich bezeichnend, damit sagen Sie «früher war es besser». Und heute ist der Rat vielleicht diverser, eine grössere Vielfalt ist hier vertreten. Wir sind auch gewählt als diese Vertreter, schade, dass Sie das nicht positiv bewerten.

Als Schlussfolgerung lässt sich eigentlich nur eine Folgerung treffen: Die SVP will vermutlich einfach mehr Ferien machen und weniger ihr Amt ausüben hier im Rat. Aus meiner persönlichen Sicht als Teilzeitvater, als langjähriger Angestellter – eben in unregelmässigen Arbeitsverhältnissen – und als Kantonsrat gleichzeitig kann ich eigentlich nur eines sagen: Bitte nicht noch etwas, das unregelmässig ist! Bitte lehnen Sie mit uns diese PI ab. Besten Dank.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Die EVP hat diese parlamentarische Initiative nicht vorläufig unterstützt und sie lehnt sie auch weiterhin ab, und wir tun dies aus folgenden Gründen:

Erstens, Stabilität und Sicherheit: Bewährte Methoden, Routinen und Abläufe vermitteln ein Gefühl von Stabilität und Sicherheit. Was sich in den vergangenen Jahrzehnten als erfolgreich erwiesen hat, führen wir auch weiterhin erfolgreich weiter.

Zweitens, Effizienz: Wenn etwas gut funktioniert, kann es durchaus effizienter sein, auch daran festzuhalten anstatt etwas Neues auszuprobieren, das möglicherweise mehr Zeit und Ressourcen erfordert und zumindest am Anfang auch grosse Verunsicherungen mit sich bringt. Denn seien wir ehrlich, niemand von uns kann wirklich abschätzen, was eine Umstellung des Sitzungsrhythmus zur Folge hätte. Und ich spreche hier nicht von unserer persönlichen Agenda, ich spreche davon, wie die Fraktionssitzungen gestaltet werden, die Arbeit der Parlamentsdienste, die Präsenz der Regierungsräte, die Arbeit der Kernverwaltung, die Kommissionsarbeit, die Prozesse bei der Budgetberatung, selbst die Fristen für Nominierungen von Amtspersonen oder die Fristen für die Behandlung von Vorstössen, all das müsste angepasst werden – und nicht zuletzt sogar die Agenda der Medienschaffenden. Wir lehnen es ab.

Drittens: Gut gemeint heisst nicht gut gemacht. In der Organisationsberatung gibt es den Begriff «kompensatorischer Rückkopplungseffekt». Damit ist gemeint, dass nach einer tiefgreifenden Veränderung zuerst ein positiver Effekt eintritt, aber schon nach kurzer Zeit negative Folgen zutage treten, negative Folgen, welche die Vorteile der Veränderung völlig zunichtemachen. Mit weniger und längeren Sitzungstagen wird dieses Parlament nicht effizienter, die Sitzungstage werden einfach länger, zäher und es gibt mehr Absenzen. Aber im Gegenzug geben wir die Möglichkeit aus der Hand, bei ausserordentlichen Ereignissen eben rasch und zeitnah reagieren und uns äussern zu können. Ich erinnere gerne an das nächste Geschäft (*KR-Nr. 123/2024*), wo es um die Spitalfinanzierung geht. Da können wir tagesaktuell Bezug nehmen auf ein aktuelles Ereignis.

Wir lehnen es ab, viertens, weil Effizienz mit Verhalten zu tun hat und nicht mit Sitzungsplanung. Ich habe es bereits bei der ersten Behandlung der PI erwähnt und ich sage es Ihnen nochmals: Wenn wir effizienter werden wollen, müssen wir nicht den Sitzungsrhythmus ändern, sondern unser Verhalten als Fraktionen und als Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Die EVP-Fraktion trägt dazu bei, dass die Ratssitzungen effizienter sind, zum Beispiel, indem wir auf sinnlose Minderheitsanträge verzichten, dass wir uns selbst bei chancenlosen Einzelinitiativen nicht zu Worte melden. Mit dem persönlichen Verhalten kann jeder und jede von uns dazu beitragen, dass dieser Rat

effizienter wird. Das ist viel zielführender und wirksamer als die Halbierung der Sitzungstage. Die EVP lehnt deshalb diese PI weiterhin ab.

Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf): Was soll man von diesem Vorstoss halten? Was sind die tieferen Beweggründe für diesen Vorstoss? Es hat sich für mich auch nach vielen Diskussionen ganz einfach nicht erschlossen. Dass die Staus auf den Strassen reduziert werden, wenn wir uns alle zwei Wochen im Rat treffen, das können Sie nicht ernsthaft meinen. Der Stau auf den Strassen nimmt nicht ab, weil ein paar Kantonsrätinnen oder -räte nur noch alle zwei Wochen mit dem Auto an die Sitzungen nach Zürich pendeln. Ein schlagendes Argument, um die Sitzungstage zu halbieren, ist es also nicht. Dass es für Kleinunternehmer und Selbstständigerwerbende miliztauglicher wird? Ich habe mehr als 20 Jahre lang als selbstständige Journalistin gearbeitet, ein Teil davon fiel in meine Zeit als Kantonsrätin. Organisatorisch war es kein Problem. Ich wusste, am Montag werde ich nie ein Interview führen, recherchieren und schreiben. Vielmehr wurde es für mich aus einem anderen Grund ein Problem. Die beiden Funktionen Journalistin und Politikerin lassen sich aus berufsethischen Gründen nicht miteinander verbinden. So liess ich mich vor einigen Jahren von einer Mediengewerkschaft in einem Teilpensum anstellen. Mit einer Teilzeitanstellung konnte ich Beruf und Politik verbinden.

Die Initianten behaupten, dass die Vereinbarkeit von Politik, Beruf und Familie durch die Halbierung der Sitzungstage verbessert würde. Das stimmt einfach nicht, das Gegenteil ist der Fall. Nur wenn mehr Sitzungen tagsüber und nicht am Abend stattfinden, lassen sich Politik, Familie und Beruf noch besser miteinander vereinbaren. Ein grosser Killer für die Vereinbarkeit von Politik, Familie und Beruf sind nämlich abendliche Sitzungen.

Man könnte es so zusammenfassen: Alle haben und niemand hat recht. Weil es unterschiedliche Lebensentwürfe gibt, trifft das eine Argument einmal zu, ein anderes Mal aber nicht. Wichtig ist es, Prioritäten zu setzen. Man weiss es ja im Voraus, die Montage sind immer besetzt, wenn man sich zur Wahl in den Kantonsrat stellt, und da muss man als Politikerin oder Politiker auch Abstriche machen oder eben Prioritäten setzen. Auf allen Hochzeiten kann man mit einem solchen Amt nicht tanzen.

Eine Halbierung der Sitzungstage macht meiner Meinung nach nur Sinn, wenn damit die Qualität der Ratsarbeit verbessert würde. Mit einem schlichten Schnitt der Sitzungstage erreicht man das nicht, dazu sind andere Massnahmen nötig – meine Kolleginnen und Kollegen von meiner Seite haben das bereits ausgeführt –, die aber mit dem vorliegenden Vorstoss nicht zur Diskussion stehen. Der heutige, mehr als 100 Jahre alte Rhythmus hat sich

bewährt. Die Nachmittage können von den Fraktionen für die wichtige Besprechung der Vorstösse und der regierungsrätlichen Gesetzesvorlagen und die Arbeit in den Kommissionen genutzt werden. Zudem ist es möglich, sich an den Nachmittagen regelmässig in den parlamentarischen Gruppen und weiteren Gruppen zu vernetzen und auszutauschen. Meistens folgen dann noch weitere Sitzungen in parteiinternen Gruppen. Kurz und gut, der Montag ist für eine Kantonsrätin oder einen Kantonsrat der Polittag par excellence. Aus all den obengenannten Gründen lehnt die Alternative Liste diese nicht durchdachte parlamentarische Initiative ab. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Josef Widler (Die Mitte, Zürich): «Gäng wie gäng», schon 100 Jahre lang machen wir das so. Wenn wir das ändern würden, könnten wir die Fraktionssitzung nicht so abhalten, wie wir es immer gemacht haben. Sie glauben es nicht, das Zeitalter der Digitalisierung hat angefangen. Es gibt tatsächlich Vorstösse, die wir schon Wochen im Voraus elektronisch untereinander austauschen und besprechen. Also wir müssen nicht zusammensitzen und «Händli» halten, um unsere Fraktionssitzungen abzuhalten. Ich sage Ihnen: Die Progressiven sind «schampar» konservativ, wenn es ihnen nicht möglich ist, den Ratsbetrieb respektive die politische Arbeit der heutigen Zeit anzupassen.

Das Hauptproblem ist offensichtlich, dass Sie die Krippe an jedem zweiten Montag abbestellen wollen. Es steht Ihnen aber frei, jeden zweiten Montag Fraktionssitzung zu halten, das steht Ihnen völlig frei. Warum denn nicht? Sie schütteln den Kopf, aber es steht nirgends, dass das nicht geht. Dann die Flexibilität: Es wäre jederzeit möglich, ausserordentliche Sitzungen einzuberufen, wenn die Geschäftsleitung findet, der Druck sei hoch. Ja, und dann wäre das wieder mit den Kindern, ich sehe das schon, wenn sie krank werden. Nein bitte, die Flexibilität, die Sie sonst haben, die wollen Sie plötzlich nicht mehr haben? Finde ich ziemlich schwach. Also die Progressiven sind «schampar» konservativ. Sie sind sogar nicht einmal bereit, darüber nachzudenken, wie man das Problem lösen könnte. Sie wissen schon alles, was dagegen spricht. Also Ideologie pur, keine Offenheit für neue Formen. Wir werden die PI trotzdem unterstützen.

Bernhard im Oberdorf (SVP, Zürich): Ich muss sagen, es gab einige Argumente, die stichhaltig, durchdacht waren. Aber da hörte ich so viel Polemik, dass ich wirklich sehr erstaunt war. Es waren Behauptungen, da könnte man genauso gut auch das Gegenteil in die Welt setzen. So geht es wirklich nicht. Es war schulmeisterlich, «Tun Sie ihre Arbeit!», die tun wir natürlich so-

wieso. Es war auch bürokratisch, in Betrieben könne man sich nicht organisieren, wenn man einen Zweiwochenrhythmus hätte. Aber bitte, diese Planbarkeit erwartet man einfach in der Wirtschaft, die müsste überall gegeben sein. Vielleicht haben die Kitas etwas Probleme damit, wenn sie nur alle zwei Wochen die Kinder betreuen müssen, aber auch dort würde man genügende Flexibilität erwarten können. Es war unglaublich viel Polemik dabei. Zu kommen und uns hier Arbeitsverweigerung vorzuwerfen, das geht einfach unter gar keinem Titel. Das ist wirklich Polemik, fast schon unterirdisch, würde ich sagen.

Es gibt andere Parlamente, die sich organisieren können. Es gibt Landräte – das ist das Äquivalent zum Kantonsrat –, die einfach Sessionen haben. Dort haben sie auch eine andere Organisation, auch das geht sehr gut. Der Stadtzürcher Gemeinderat, das Stadtparlament, hat auch Sitzungen manchmal am Abend, wenn nötig bis 22 Uhr oder bis nach 22 Uhr, auch das geht. Ich frage mich, wo eigentlich die Arbeitsverweigerung liegt; ich habe eher den Eindruck, auf der linken Seite.

Dann habe ich Ihnen ein schönes Beispiel, wie das nicht funktioniert mit dem Ansinnen von der linken Seite. Das war die letzte Sitzung im letzten Amtsjahr. Da gab es einen Antrag, dass man diese ausfallen lässt, weil sie mitten in die Ferien fällt. Und im Kanton sind die Ferien relativ koordiniert zur gleichen Zeit, im Frühling wenigstens. Das hat man in der Geschäftsleitung abgelehnt. Was war das Resultat? Am Anfang waren gerade mal 133 Ratsmitglieder im Rat, häufig waren es auch Leute von der Linken, die gefehlt haben. Da mussten dann die Grünliberalen noch diese Initiative (*KR-Nr. 10/2024*) von der linken Seite unterstützen, sonst hätte sie nämlich nicht einmal die nötigen 60 Stimmen gemacht. So hat man gerade noch 62 Stimmen zusammenkratzen können. So geht es wirklich nicht, und das wäre einfach das rotgrüne Modell.

Ich muss Ihnen sagen, diese Probleme liegen wahrscheinlich in den Fraktionssitzungen auf der linken Seite. Dort will man wahrscheinlich jeden Montag einfach palavern bis ins Endlose und nicht unbedingt effiziente Arbeit leisten, wie das auch Josef Widler dargelegt hat. Die Arbeitsverweigerung liegt woanders, auf der linken Seite.

Ratspräsident Jürg Sulser: Ich möchte an dieser Stelle recht herzlich die Schülerinnen und Schüler der Berufsfachschule Zürcher Oberland bei uns im Rathaus begrüßen.

Susanne Brunner (SVP, Zürich): Auch ich ergreife noch das Wort, obwohl Josef Widler und Bernhard im Oberdorf schon einiges korrigiert haben, was zu korrigieren ist. Ich habe jetzt in dieser Debatte einige kreative, aber auch

viele nicht korrekte und eben auch unsachliche Argumente gehört, wenn man von Schnapsideen spricht oder von Obstruktion. Bernhard im Oberdorf hat zu Recht darauf hingewiesen, dieser allmontägliche Sitzungsrhythmus ist natürlich nicht gottgegeben. Es gibt andere kantonale Parlamente – und dieser Hinweis war so wichtig wie richtig –, die in Sessionen tagen, wie die Parlamente in Bern. Und mir ist nicht bekannt, dass diese Kantone, die ihr kantonales Parlament in Sessionen drei- oder viermal pro Jahr tagen lassen, schlechter regiert wären, dass dort Missstände herrschen würden, dass dort keine Politik gemacht würde. Und auch dort sitzen Frauen und Männer in den Parlamenten, die wahrscheinlich genauso wie wir hier drinnen Berufsleute sind, Lehrer sind, Väter sind, Mütter sind, die ihr Leben rund um das Parlamentsmandat herum zu organisieren haben; also das zum Stichwort «Kinderbetreuung».

Dann das Argument, dass das 14-tägliche Zusammenkommen in diesem Rat eben nicht regelmässig sei: Also ein Wochenrhythmus ist regelmässig, eine 14-tägliche Sitzung ist ebenso regelmässig. Und um jetzt noch sachlich darauf zu antworten, dass das Berufsleben auch für Angestellte nicht zu organisieren sei, wenn wir uns hier 14-täglich treffen: Es gibt ganz viele Personen, viele Leute in gewissen Branchen, die nach Dienstplänen arbeiten, nach Dienstplänen, die wöchentlich ändern. Da herrscht gar keine Regelmässigkeit, und auch diese Personen absolvieren ihr Berufsleben. Ich glaube, wenn wir hier 14-täglich zusammenkommen, können wir alle unser Berufsleben organisieren, eben besser organisieren, weil wir einen vollen Montag Zeit haben, um uns dem Beruf zu widmen. Und seien wir ehrlich, diejenigen Fraktionen, die hier jetzt ablehnend Stellung genommen und auch betont haben, wie wichtig die Fraktionssitzung sei und dass man dann ausgiebig diskutieren könne: Ich gehe nicht davon aus, dass die Mitglieder jener Fraktionen dann um 15.30 Uhr noch im Büro eintreffen. Mir geht es jeweils so an einem Montag: Wenn ich einen intensiven Sitzungstag habe, mit einer intensiven Fraktionssitzung, wo wir seriös und intensiv arbeiten, und ich dann um 15 Uhr oder 16 Uhr im Büro bin, dann bin ich schon etwas geschlaucht und etwas müde. Ich bringe dann nicht mehr die gleiche Performance auf den Boden im Büro, wenn es vorher anstrengend war. Also ist es ganz klar so, wenn wir uns 14-täglich treffen, dass wir an diesem Montag, wenn wir uns nicht im Rat einfinden, natürlich im Beruf die bessere Leistung erbringen können.

Dann noch ein Argument, ich fand es ein sehr lustiges Argument: Die Fraktionserklärungen kämen dann jeweils zu spät. Ja gut, also ich gebe gerne Nachhilfeunterricht – ich habe eine Agentur für politische Beratung –, wie man auf anderen Kanälen noch eine politische Position kommunizieren kann, da gibt es natürlich nicht nur das Mittel der Fraktionserklärung. Und

dann noch an die Fraktionen, die hier ihre Qualität oder die Diskussion oder auch die Länge ihrer Fraktionssitzungen bedroht sehen: «Jä nu», ich empfehle Ihnen einen Kurs in effizienter Sitzungsführung.

Und nicht zuletzt ist es mir bei diversen Voten vorgekommen, wie wenn dieser Montag fast ein Dogma wäre in diesem Rat. Mir kommt es so vor, dass offensichtlich viele Ratsmitglieder hier drinnen eine Tagesstruktur benötigen und darum ihr montägliches Kantonsratsmandat über allem steht und heilig gesprochen wird. Ich glaube, es gibt Beispiele, es geht anders. Wagen wir es anders und lassen wir eine bessere Vereinbarkeit von politischem Mandat und Beruf zu. Vielen Dank.

Sylvie Matter (SP, Zürich): Konzentrieren wir uns doch auf Fakten statt Polemiken. Es gibt eine Studie zur Vereinbarkeit von Politik, Beruf und Familie der Universität Sankt Gallen aus dem Jahr 2022, in Auftrag gegeben vom Nationalrat, weil dort eben die Vereinbarkeit mit der Session nicht gut funktioniert, und die Studie kommt zum Schluss – ich zitiere –, dass der wöchentliche Sitzungsrhythmus am besten mit den Strukturen der Arbeitswelt und somit zahlreichen weiteren Infrastrukturen, die sich an der Arbeitswelt orientieren, wie jene der familienergänzenden Kinderbetreuung, vereinbar seien; dies eine Studie der Uni Sankt Gallen. Ganz klar, die Fakten sprechen gegen eure PI.

Und werfen wir nochmals einen Blick auf die Folgen der PI: Wenn ihr jede zweite Vormittagssitzung auf eine Nachmittagssitzung schiebt, fallen die heutigen Nachmittagssitzungen weg. Letztes Amtsjahr hatten wir elf von 50 Sitzungen – ich habe den Budget-Dienstag weggelassen – am Nachmittag, das sind 22 Prozent der Sitzungen, 22 Prozent der Sitzungen, die ihr streicht. Das ist eindeutig weniger Zeit für die Ratssitzungen, ein Fakt, den ihr nicht wegdiskutieren könnt, 22 Prozent weniger Sitzungen. Wenn die Fraktionen nur noch alle zwei Wochen tagen, sind das 50 Prozent der Sitzungen, die wegfallen, das könnt ihr nicht wegdiskutieren, 50 Prozent weniger Sitzungen der Fraktionen. Und wenn die Fraktionen weniger Sitzungszeit haben, können sie die Kommissionsgeschäfte nicht korrekt vorbereiten. Dann ist man in der Kommission nicht bereit, somit verzögert sich alles in den Kommissionen. Es geht alles länger, alle Geschäfte, und das hat Auswirkungen auf die Arbeit des Regierungsrates, das hat Auswirkungen auf die Arbeit der Verwaltung, es geht alles länger, das könnt ihr nicht wegdiskutieren. Eine brauchbare Lösung für dieses Problem gibt es keine. Trotzdem jede Woche Fraktionssitzungen zu machen, wie das von Herr Widler vorgeschlagen wurde, wenn der Rat nur alle zwei Wochen tagt, würde die PI ad absurdum führen, dann können wir es gleich lassen wie es ist. Das ist keine Lösung. Die Nachmittagssitzung später beginnen, damit mehr Zeit für die Fraktionen

bleibt, geht auch nicht, denn schon heute sind die Nachmittagssitzungen kürzer, Sie haben es bereits gehört. Ich führe Ihnen auch gerne aus, warum: Nach fünf Jahren auf Vorbock (*Ratssekretariat*) und Bock (*Ratspräsidium*) weiss ich sehr genau, wie dieser Rat funktioniert, und habe gesehen, wie es abgeht am Nachmittag: An den Nachmittagssitzungen gehen regelmässig ab 16.30 Uhr, also nach zwei Stunden Sitzungszeit – ich erinnere daran, gemäss Kantonsratsreglement dauert eine Kantonsratsitzung drei bis vier Stunden –, nach zwei Stunden Sitzungszeit gehen die Ersten nach Hause oder an ihre nächste Sitzung. Spätestens um 17 Uhr, also nach zweieinhalb Stunden Sitzungszeit, beschwerten sich die Ersten beim Bock, was dem Präsidium einfallen, um diese späte Zeit noch ein Traktandum zu beginnen, schliesslich habe man noch eine Sitzung der Gemeindeexekutive oder eines anderen, ganz sicher sehr wichtigen Gremiums, an die müsse man gehen. Und es gehe doch nicht, dass man jetzt noch ein Traktandum anfangen – um 17 Uhr –, dann fangen sie an sich zu beschweren. Um 17.30 Uhr, spätestens 17.45 Uhr muss das Präsidium die Sitzung beenden, weil in der laufenden Sitzung immer mehr Mitglieder davonlaufen und irgendwann niemand mehr hier ist. Also die Sitzungen später beginnen oder Abendsitzungen machen, ist schlichtweg nicht möglich in diesem Rat, und das betrifft ganz viele auch von Ihnen. Die Probleme, die die PI schafft, können somit nicht gelöst werden, also schaffen wir sie gar nicht erst und lehnen die PI ab.

Und jetzt noch ganz kurz: Heute sind es 22 Prozent der Sitzungen, die etwas kürzer sind, an denen man, wie Frau Brunner vorhin ausgeführt hatte, etwas geschlaucht ist, weil man schon eine Fraktionssitzung hatte, und an denen einige am Ende nie anwesend sind. Mit der Annahme dieser PI werden es 50 Prozent der Sitzungen sein, nicht mehr 22, sondern 50 Prozent der Sitzungen. Und dann somit an all jene, die gerne früher gehen, und davon hat es einige in Ihren Reihen, die am Abend noch Stadtratssitzung oder Ähnliches haben: Heute verlässt ihr 22 Prozent der Sitzungen vorzeitig, nachher die Hälfte. An 50 Prozent der Sitzungen werdet ihr nicht mehr zu 100 Prozent anwesend sein, aber 100 Prozent der Sitzungen werdet ihr ein volles Sitzungsgeld kassieren, und das ist meiner Meinung nach Betrug an euren Wählerinnen und Wählern, das ist Betrug an den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Also, macht es doch gleich wie bei den Nachmittagssitzungen, wenn ihr nicht gegen eure Fraktion stimmen könnt. Die PI ist abzulehnen.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Ich möchte mich kurzhalten und auf den Punkt zurückkommen: Es geht um die Halbierung der Sitzungstage und nicht der Sitzungen. Das heisst, Sie werden nachher ganze Tage sitzen, und das heisst, es ist besser planbar. Und es werden weniger Leute früher aus den

Sitzungen gehen als jetzt bei den Nachmittagssitzungen, weil sie genau wissen, dass diese Sitzungen dann vollwertig sind und nicht irgendetwas, das angehängt wird. Und zu den Sitzungsgeldern, Frau Matter, muss ich Ihnen sagen: Es war natürlich so, dass unsere Seite gesagt hat, dass, wer früher aus den Sitzungen geht, keine Sitzungsgelder mehr bekommen sollte. Und Sie haben das aus bürokratischen Gründen abgelehnt. Also wir waren dafür, dass, wer nicht voll hier ist, nachher das Geld nicht bekommt, Sie haben das abgelehnt.

Dann muss man auch sagen: Probleme und Aufgaben zu lösen, die wir hier drin zu lösen haben, da hat Frau Marti natürlich recht, wir sind hier, um zu arbeiten. Aber wenn wir die ganzen Sitzungstage machen, dann machen wir die ganze Arbeit hier. Die Fraktionen können wir anders oder effizienter organisieren, aber das ist wieder eine Sache der Fraktionen. Die Fraktionssitzungen, wie effizient oder ineffizient Sie diese abhalten wollen, können wir nicht über das Kantonsratsgesetz regeln, das geht nicht. Das ist uns eigentlich egal. Aus unserer Sicht können Sie auch Sonntagabend zusammenkommen, Montagmorgen um sechs oder Montagabend nach der Sitzung. Es ist Ihnen selbst überlassen, wie Sie das organisieren. Wir möchten hier einfach eine Brücke schlagen, damit wir weniger Tage haben, aber diese komplett der Politik gehören. Dann haben Sie einen Montag, der der Politik gehört, und Sie haben einen Montag, an dem Sie arbeiten. Und Frau Marti, Sie haben dann nicht frei, denn Sie arbeiten. Wir sind alle arbeitstätig. Wir gehen dann nicht in die Ferien, wie Sie vielleicht, aber wir arbeiten. Und insbesondere die Doppelmandatare werden Sie sich auch einrichten können, das geht auch, Sie haben dann klare Vorgaben. Wir haben einen Tag Politik, einen ganzen Montag, und einen Tag, einen ganzen Montag, Arbeit. Für mich war es schon befremdend, als Herr Forrer sagte, die GL habe diese PI an einer Sitzung besprochen und sei nicht darauf eingetreten. Also ich habe das so verstanden. Sie haben gesagt, in einer Sitzung, und dann haben Sie das vom Tisch gehabt, und das ist weniger seriös. Also schlussendlich wurde diese Arbeit hier nicht gemacht. Die linke Ratshälfte hat es abgelehnt, wirklich darüber zu diskutieren, ob es eine Möglichkeit ist, das Milizsystem so zu stärken, und ich bitte Sie, die PI zu unterstützen.

Christa Stünzi (GLP, Horgen): Ich versuche es noch mit einem weiteren Argument: In vielen Fragen schaut die Schweiz auf den Kanton Zürich, und ich glaube, auf diesen Fakt sind wir hier drin alle stolz. Doch leider hat das nichts damit zu tun, dass wir immer die besten Lösungen haben, auch wenn wir das alle selbst gerne glauben. Nein, es hat damit zu tun, dass der Kanton Zürich ein Parlament hat, das wöchentlich – als erstes Parlament der Schweiz – tagt. Wir sind die Ersten, die auf Weltgeschehen, auf Geschehen in der Schweiz

reagieren können, teilweise müssen, aber auch dürfen. Wir sind stolz, dass wir das dürfen, und wir nutzen das auch. Fraktionserklärungen, Anfragen, Interpellationen, persönliche Erklärungen sprechen eine deutliche Sprache. Wir nutzen dieses Instrument, sodass wir der Kanton sind, auf den alle schauen, wenn am Wochenende etwas passiert, das die Bevölkerung aufwühlt, beschäftigt, wo sie auch die Politik braucht, um sie wieder an die Hand zu nehmen und ihr Lösungen aufzuzeigen. Diese Position geben wir mit dieser PI auf. Wir schwächen damit unsere Vorzeigerolle. Das kann man machen, liebe SVP, liebe Mitte, liebe FDP, ich bin mir einfach nicht so sicher, ob Sie sich dessen tatsächlich bewusst sind und dies absichtlich tun. Wir wollen das nicht.

Daniela Rinderknecht (SVP, Wallisellen): Florian Heer, du hast vorhin gesagt, dass Schichtarbeitende von dem neuen Modell ausgeschlossen wären. Also ich bin Mutter, ich arbeite unregelmässig in einem Spital, 24-Stunden-Schicht, ich arbeite in der Nacht, am Wochenende. Und meine Chefin wäre froh, wenn ich nicht jeden Montag blockiert wäre, wenn ich auch mal vom Sonntag auf den Montag einen Nachtdienst übernehmen könnte. Also ich verstehe das Argument wirklich nicht. Dankeschön.

Hanspeter Göldi (SP, Meilen): Es trifft sich gut, dass ich gerade als Arbeitnehmervertreter des Gastgewerbes, aber auch der Gesundheit hier sprechen darf. Ich bin jetzt seit 13 Jahren im Rat. Ich war auch Arbeitnehmervertreter an der Universitätsklinik und ich habe mich seit 40 Jahren für gute Arbeitszeiten, gute Arbeitszeitmodelle eingesetzt.

Was ist unser grösstes Problem im Gastgewerbe und im Gesundheitsbereich? Wenn ich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter frage, ist es immer wieder dasselbe: Es ist die Unplanbarkeit. Deshalb ist es ganz wichtig, dass man die wenigen Sachen, die man wirklich fixieren kann, dass man das auch macht. Und ich kann Ihnen wirklich aus meiner langjährigen Erfahrung in diesem Rat sagen, dass es ganz wenige Montagnachmittage gab, an denen ich um 16 Uhr einfach zu Hause war. Nein, es ist so: Zuerst ist die Fraktionsarbeit, von mir aus gesehen die wichtigste Arbeit, damit die Fraktionen sich wirklich demokratisch austauschen und vertieft um die politische Arbeit kümmern. Es geht nicht nur um die Ratsarbeit hier, sondern es geht auch um die Fraktionen, dass wir hier nicht nur Einzelpersonen haben, sondern dass wir hier Meinungen vertreten, die auch eine grosse Gruppe vertreten kann.

Was fand anschliessend um 15 Uhr, 15.30 Uhr oder vielleicht 16 Uhr statt? Ich weiss nicht, an wie vielen überparteilichen Anlässen ich in den letzten 13 Jahren teilgenommen habe. Und ich kann Ihnen sagen, das sind sehr wertvolle Nachmittage gewesen. Genau hier findet die schweizerische Politik

statt. Und ich finde es schade, ich finde es sogar unverantwortlich, wenn wir darauf verzichten. Und wir haben regelmässig Austausch mit anderen Kantonen. Wir waren zum Beispiel jetzt am vorletzten Sonntag in Glarus (*Besuch einer Delegation des Kantonsrates an der Landsgemeinde*). Wir waren verschiedentlich mit anderen Kantonsrätinnen und Kantonsräten im Austausch. Was sagen mir die Leute immer wieder? Wow, in Zürich habt ihr regelmässig den Termin, da trifft ihr euch regelmässig mit der Fraktion. Liebe Kolleginnen und Kollegen, denkt nochmal gut darüber nach. Was könnt ihr wirklich machen für eine gute Politik im Kanton Zürich? Sicher nicht, dass ihr die Montage alle 14 Tage überlädt, sodass die echte politische Arbeit nicht mehr stattfinden kann, sondern behaltet gute Modelle wirklich so, wie sie sind. Und lieber Josef Widler, ich kann dein Votum also absolut nicht verstehen. Selbstverständlich kann man heute auch anders kommunizieren. Aber gerade du solltest wissen, dass der persönliche Austausch sehr wichtig ist. Man reagiert viel besser, als wenn man nur vor dem Bildschirm ist. Geschäfte abhaken, das kann man. Aber Geschäfte in der Grundlage besprechen, das findet auch heute noch viel, viel besser statt, wenn wir zusammensitzen. Herzlichen Dank.

Reto Agosti (FDP, Küssnacht): Ich spreche als niedergelassener Arzt und Inhaber eines KMU mit etwa 20 Mitarbeitern. Josef Widler und ich sind die beiden einzigen niedergelassenen Ärzte in diesem Parlament und sind klar unterrepräsentiert, gemessen an den etwa 6000 Ärzten des Kantons Zürich. Als ich mich beworben hatte beim ersten Wahlkampf, hatte ich die Chance, mich vor der Ärztesgesellschaft des Kantons Zürich vorzustellen. Und der damalige Präsident hat kurz gefragt: Warum beginnen Sie eigentlich so spät erst mit der Politik? Dieser Präsident war natürlich Josef Widler. Als Arzt leisten Sie – als Ärztin natürlich auch, und ich spreche übrigens auch für sehr viele andere Dienstleister – leisten Sie eine persönliche Dienstleistung, die an Tagesstunden, Arbeitsstunden gebunden sind. Ich kann also meine Praxis nicht betreuen, wenn ich dann um drei noch schnell ins Büro gehe, wie es von der SP tönt. Und übrigens wollte ich noch sagen: Die gewonnenen Tage wären extrem wichtig eben für Dienstleister, die irgendeine persönliche Dienstleistung anbieten und auch sehr spät erst mit dem Aufbau eines eigenen KMU beginnen können.

Und vielleicht noch eine letzte Bemerkung zu Sylvie, zu deiner Studie: Ein Parlament funktioniert am besten, wenn es sich wöchentlich trifft. Ich weiss nicht, was diese Studie mit den Appenzellern macht, die sich achtmal pro Jahr treffen. Funktioniert das Parlament dort schlechter als bei uns?

Und schliesslich ist der Titel vielleicht etwas zu plakativ: Halbierung. Ein Drittel wäre auch schon ein guter Ansatz, also ein Drittel weniger Montage. Ich unterstütze natürlich diese PI.

Ueli Bamert (SVP, Zürich): Jetzt fliegen mal wieder die Argumente hin und her und da habe ich mir ein paar rausgenommen, die eines Kommentars würdig sind. Zuerst Frau Stünzi, Sie haben gesagt «Die Welt wartet darauf, dass der Kanton Zürich auf das Weltgeschehen reagiert», eine Stufe tiefer wäre also auch nicht schlecht. Wir sollten uns nicht allzu ernst nehmen. Ich glaube nicht, dass irgendjemand darauf wartet, dass der Kantonsrat Zürich das Weltgeschehen jeweils am Montagmorgen kommentiert.

Florian Heer, dein Argument war, dass wir zu viele Traktanden auf der Liste haben. Das wäre ja genau der Sinn, dass wir dann vielleicht eben ein bisschen weniger unsinnige Vorstösse machen, das wurde verschiedentlich gesagt und geht übrigens alle an, nicht nur die Linke. Das wäre sicher ein Effekt, dass man nicht gerade auf alles jede Woche reagieren kann und dann vielleicht den einen oder anderen Vorstoss weniger macht, sodass man dann auch weniger Traktanden hat.

Dann ein sehr nettes Argument ist das Koordinationsproblem innerhalb eines Betriebes. Thomas Forrer, du hast gesagt, der Arbeitgeber wisse dann nicht (*Zwischenruf: «die GL»*) – also die GL, okay, okay, ich gebe es zu, du hast «GL» gesagt –, der Arbeitgeber wisse dann nicht, wann seine Arbeitnehmer da seien. Also ich weiss nicht, ob Sie schon von der atemberaubenden technischen Neuerung, dem Outlook-Kalender, gehört haben. Dort, wo Sie ihre Mails beantworten, hat es unten links noch ein Icon. Da können Sie draufklicken und dann kommt ein Kalender. Ihre Mitarbeiter können sich dort eintragen, wann sie wo sind. Also wenn Sie da hin und wieder draufschauen, dann wissen Sie, wer wann im Kantonsrat ist und wann nicht, und das gäbe ja auch eine Jahresplanung. Also dieses Argument ist völlig hirnrissig.

Dann beinahe schon ein bisschen lachen musste ich bei Christoph Ziegler: Wenn es Ihnen am Montagmorgen dann langweilig ist, weil sie nicht mehr wissen, was machen, dann tut mir das wirklich leid. Aber ich glaube, die allermeisten Leute hier drin wissen, dass sie dann einfach arbeiten. Sie gehen ins Büro, das ist überhaupt kein Problem. Ich finde, diese Argumentation, das Amt wäre unattraktiv – Sie haben gesagt, das Amt werde unattraktiv, sodass niemand mehr Kantonsrat werden will –, das ist wirklich atemberaubend, das ist an den Haaren herbeigezogen. Nein, es wird sehr viel attraktiver, weil man einfach besser durchkommt.

Das einzige Argument, das einigermaßen zählt, ist, dass die Fraktionssitzungen vielleicht ein bisschen hektisch werden; das gebe ich zu, das müsste man wirklich anschauen. Aber auch hier: Es liegt an den Fraktionen, wie

effizient sie ihre Fraktionssitzungen gestalten wollen. Da muss ich schon sagen, unser neuer Fraktionschef (*Tobias Weidmann*) gestaltet die Fraktionssitzungen extrem effizient. Wir sind sehr schnell durch. Es ist sogar schon einmal vorgekommen, dass ein Fraktionsmitglied sich darüber beschwert hat, die Sitzungen gingen zu schnell und wir hätten dann eine zu lange Pause zu den Nachmittagsveranstaltungen, die es hin und wieder gibt. Ich sage jetzt nicht, welches Fraktionsmitglied das war.

Es wird nicht weniger gearbeitet, es wird nicht weniger gearbeitet mit diesem Vorstoss. Es gibt unter dem Strich vielleicht ein halbes Dutzend weniger Sitzungen pro Jahr, und ich bin überzeugt, dass diese Gemeinden, in denen es am Abend zu Terminkonflikten kommen könnte, ihre Gemeinderatssitzungen auch eine Stunde später ansetzen können. Das ist alles nicht unmöglich, das kann man alles unter einen Hut bringen. Und dann würde sicher auch nicht jeder dann um 16.30 Uhr weglaufen wollen.

Nun, die Vehemenz, wie Sie diesen Vorstoss, diesen eigentlich unpolitischen Vorstoss – es ist ein unpolitischer Vorstoss – hier bekämpfen, lässt für mich eigentlich nur zwei Schlüsse zu, erstens: Sie wollen einfach gar keine effiziente Politik, Sie wollen einen möglichst ausladenden Ratsbetrieb, damit Sie wirklich noch jedes Detail irgendwie mitgestalten können und weil Sie «ums Verrecken» noch bei jedem Detail mitreden wollen. Wir wollen einen effizienten Staat. Wir wollen einen Staat, der eben viel weniger Gesetze macht, und ein Parlament, das viel weniger um den heissen Brei herum redet, deshalb ist das ein sinnvoller Vorstoss. Und ja, das war unanständig. Es ist wirklich, wirklich unanständig, dass Sie uns vorwerfen, wir würden Arbeitsverweigerung betreiben. Wie gesagt, es wären nicht viel weniger Sitzungen, es wäre einfach sehr viel effizienter. Das ist unanständig, und jetzt werde ich vielleicht auch ein bisschen unanständig und ein bisschen polemisch: Man kriegt den Eindruck einfach nicht weg, dass es Ihnen nur um Ihr Sitzungsgeld geht (*Unmutsäusserungen*). Vielen Dank.

Benno Scherrer (GLP, Uster): «If it ain't broke, don't fix it», das ist ein Zitat des Beraters von Jimmy Carter (*US-Präsident*), es stand gerade gestern im *Tagi (Tages-Anzeiger)* wegen des Absturzes des FCZ (*Fussballclub Zürich*). «If it ain't broke, don't fix it», also: Wenn es nichts zu reparieren gibt, dann repariere es nicht! Wir haben ein funktionierendes System hier in unserem Kanton. Und das schon als konservativ – negativ konservativ – zu bezeichnen, dagegen möchte ich mich als stolzer Parlamentarier verwehren. Man könnte es anders machen. Aber unser Ratsbetrieb scheint ja so unattraktiv nicht zu sein, wie er jetzt ist. Schauen Sie an, wie viele Menschen sich aus allen Walks of Life um ein Kantonsratsmandat bewerben, sich im Wissen um die Rahmenbedingungen um ein Kantonsratsmandat bewerben. Schauen

Sie hier in den Rat, schauen Sie, wie viele langjährige Kantonsratsmitglieder – Lorenz Habicher, wir kamen miteinander 2007 in diesen Rat –, schauen Sie, wie viele langjährige Kantonsratsmitglieder wir haben, die so unglücklich nicht sind mit diesem System, mit diesem System, das wir hochhalten sollen und das wichtig ist. Man könnte über ein Sessionssystem nachdenken, es sich überlegen, nur: Wo findet man Sessionssysteme? Das ist in Kantonen, wo man zwei Stunden braucht, bis man von seinem Wohnort Vättis in Sankt Gallen im Hauptort ist, 1 Stunde 56 Minuten; das gibt es im Kanton Zürich nicht. Wir haben nahe Wege, kurze Wege. Uns ist wichtig, dass wir uns austauschen, persönlich austauschen. «Never change a winning team», lassen wir es so, wie es ist. Da bin ich gerne konservativ. Danke.

Paul Mayer (SVP, Marthalen): Ich deklariere, dass ich selbstständig bin und einen Metallbaubetrieb habe. Sehr geehrte Frau Marti, Sie sagen, wir wollten einen freien Montag. Einen freien Montag brauche ich, um zu arbeiten. Und es gibt in unserem Kantonsrat auch noch Leute, die arbeiten. Wenn wir an einem Montag die doppelte Arbeit im Rat machen, dann ist das effizient, und ich sage Ihnen, warum: Für die Anreise und die Rückkreise verliere ich jeden Montag mindestens drei bis dreieinhalb Stunden. Mit mehr Doppelsitzungen jeden zweiten Montag gibt es nicht weniger Ratssitzungen. Wir können unsere Ratsarbeit immer noch gleich gut oder schlecht machen. Wir alle hier fahren nur die Hälfte im Kanton herum und da müssten ja die Grünen auch dafür sein. Wir sparen viel tote Zeit mit dem Herumreisen.

Und zu Markus Schaaf: Er hat gesagt, es gebe mehr Absenzen. Es ist genau das Gegenteil der Fall, es wird weniger Absenzen geben. Denn wenn wir jeden zweiten Montag keine Sitzung haben, kann man das besser planen für Leute, die in die Ferien gehen oder sonst irgendetwas machen wollen. Es ist genau umgekehrt. Wir sind flexibler und das stärkt das Milizsystem. Unterstützen Sie diese gute PI.

Rafael Mörgeli (SP, Stäfa): Sie wünschen sich mehr Selbstständige und mehr Gewerbler, geschätzte Bürgerliche. Ja, schauen Sie mal bei Ihnen links und rechts, Sie sind doch fast alle entweder selbstständig, Berufspolitikerinnen oder Pensionierte, und so politisieren Sie in diesem Rat auch. Also dass Sie die Sicht der Angestellten in diesem Rat nicht stärken möchten, das ist verständlich, aber es ist eben nicht zielführend. Der Rat hat die Bevölkerung abzubilden. Und wenn wir den Sitzungsrhythmus so ausgestalten, dass er nur für einen Teil der Bevölkerung, zum Beispiel für jene Klinikchefs, die sich unterrepräsentiert fühlen, ausgestalten, dann funktioniert das nicht und ist auch undemokratisch. Und das Sessionsmodell – das haben wir jetzt schon ein paarmal gehört –, Frau Brunner, das ist wirklich das schlechteste Beispiel

für Angestellte. Sie können mal mit diesen sprechen, die wünschen sich so einen Sitzungsrhythmus, wie wir ihn haben, und wollen diesen Sessionsrhythmus unbedingt abschaffen, weil es eben ein so grosser Aufwand ist, als Angestellte an einer Session teilzunehmen.

Und dann noch zu Herrn Widler und Herrn im Oberdorf: Ich habe auch schon vernommen, dass die Diskussionskultur in den Fraktionen nicht überall gleich gut ist, dass es zum Teil eben eher Befehlsausgaben und nicht ein Austausch auf Augenhöhe ist. Befehlsausgaben, die gehen schnell, da kann ich Ihnen zustimmen, aber Diskussionen, die brauchen Zeit. Und ich glaube, genau diese Diskussionskultur ist zentral für unsere Arbeit, da pflichte ich Hanspeter Göldi absolut bei. Und ich schätze diese Kultur auch, die wir haben. Sie ist wichtig für unsere Demokratie. Sie muss gefördert und nicht erstickt werden. Auch deshalb ist die PI abzulehnen.

Und dann noch ein Geheimtipp: Hier zu sein ist ein Privileg. Wenn man das Gefühl hat, man sei viel zu oft hier, man «verdumme» hier Zeit, man möchte ein Drittel oder die Hälfte weniger Zeit hier sein und die Vertretung der Bevölkerung wahrnehmen, dann können Sie die Sitzungstage nicht nur um 30, 50, 60 oder 70, sondern sogar um 100 Prozent senken, Sie können nämlich immer zurücktreten. Wenn Sie das nicht möchten, dann nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr. Machen Sie ihre Arbeit, kommen Sie hierher und lehnen Sie auch konsequenterweise diese PI ab!

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Fehlender Wille zu Problemlösung und Ideologie pur höre ich hier. Ich muss sagen, wir sind hier ein bisschen ideologisch, auch von unserer Seite her, durchaus; also jetzt nicht von meiner Kollegin Judith Stofer her, aber von hinter mir (*Sitzreihen der Grünen Fraktion*) durchaus. Aber auch Ihre Seite ist nicht davon ausgenommen und ich frage mich dabei die ganze Zeit: Besteht hier wirklich ein Problem, wie es hier herbeigeredet wird? Und ich finde, irgendwie nicht. Aber was die heutige Debatte sicher zeigt, ist, dass es unterschiedliche Lebensrealitäten gibt, die sehr verschieden sind. Ich habe bei uns in der Fraktion, als wir darüber geredet haben, auch gesagt: Ja, persönlich würde es mir wahrscheinlich nützen. Ich hätte jeden zweiten Montag frei. Ich habe eine Arbeit, die ich daran vorbei organisieren kann. Ich könnte als Informatiker wohl an jedem zweiten Montag arbeiten und an jedem zweiten Montag nicht. Ob das meiner persönlichen Work-Life-Politik-Balance guttun würde, ob ich dann nicht mehr arbeiten würde, das steht auf einem anderen Papier. Für mich als Informatiker wären dann Abendeinsätze unausweichlich. Es könnte also durchaus sein, dass ich dann mehr arbeite würde und nicht weniger. Ich denke aber – ich habe es bereits gesagt –, es sind verschiedene Lebensrealitäten. Für Lehrerinnen oder Lehrer zum Beispiel, denke ich – es wurde vorher auch erwähnt

–, dass es weniger gut funktionieren würde. Für mich ist das Kernargument das Beständige, dass halt am Montag der Politiktage ist, und das ist für mich persönlich im Moment auch am besten planbar, und dies für alle. Von der Arbeit bin ich weg. Und wenn dies nicht mehr der Fall sein sollte, denke ich, würde es auch die Planbarkeit zumindest für meine Arbeitskollegen nicht unbedingt vereinfachen, da sie jedes Mal nachschauen müssen: Okay, ist jetzt Manuel Sahli an diesem Montag da oder nicht? Oder ist es sogar wieder eine Ausnahme, weil dieser Montag dann trotzdem eingeplant wird? Das ist nicht unbedingt besser.

Die Fraktionssitzungen wurden bereits erwähnt beziehungsweise, dass man diese anders planen könnte. Ich habe hier verschiedene Modelle gehört. Man könnte ja beispielsweise die Fraktionssitzungen jeden zweiten Montag machen. Nun ja, wenn Sie sagen, an den anderen Montag arbeiten Sie: Wie wollen Sie dann Fraktionssitzung machen? Dies widerspricht sich ein bisschen. Ich habe auch gehört, man könnte sie jeweils am Abend machen. Finde ich auch ein bisschen schwierig. Die Fraktionen sind ein Organ auch dieses Rates, zwar nicht ein Organ in Form von Sitzungen, aber durchaus ein Bestandteil unserer politischen Arbeit. Wenn ich dann am Abend quasi dafür arbeiten muss, arbeite ich auch ein wenig mehr; von daher auch nicht unbedingt gut verarbeitbar.

Und nicht zuletzt haben wir auch sonstige politische Anlässe am Montagsnachmittag, parlamentarische Gruppen oder sonstige Anlässe, die für uns als Parlamentarier und Parlamentarierinnen interessant sind. Auch diese würden schwer planbar, müssten anderswohin verlegt werden, dies würde eindeutig schwieriger werden. Also schlussendlich würde die Politikarbeit sicher qualitativ nicht besser. Ich habe auch die Ausführungen von Frau Brunner interessant gefunden. Sie hat gemeint, sie sei, wenn sie dann an einem Montagsnachmittag um 15 oder 16 Uhr ins Büro komme, jeweils schon ausgelaugt. Ich weiss nicht, ob es dann besser ist, wenn Sie dann ab 15 Uhr weiter bis 18 Uhr oder noch länger im Parlament hocken, ob Sie dann, ausgelaugt, besser Politik machen können. Ich glaube nicht.

Und zu guter Letzt: Ja, wenn wir aufgrund einer leeren Traktandenliste dann anstatt einer Nachmittagssitzung auch mal einen Sitzungsmorgen streichen und dadurch einen ganzen Sitzungstag absagen könnten, da hätte ich auch nichts dagegen. Ich denke, meine Unterstützung hätten Sie hierfür. Dies wäre mal eine dankbare Alternative, anstatt hier aber einfach im Voraus jeden zweiten Sitzungstag zu streichen und dadurch weniger Sitzungszeit zu haben, auch angesichts unserer Traktandenliste. Ich denke: Nein, es funktioniert in der Realität schlussendlich nicht.

Ordnungsantrag

André Müller (FDP, Uitikon): Im Sinne der Ratseffizienz und da wir zu diesem Thema wirklich nichts Neues mehr gehört haben,

stelle ich den Antrag auf Schliessung der Rednerliste.

Vielen Dank.

Abstimmung über den Ordnungsantrag

Der Kantonsrat beschliesst mit 116 : 35 Stimmen (bei 4 Enthaltungen), dem Antrag von André Müller zuzustimmen und die Rednerliste zu schliessen.

Ratspräsident Jürg Sulser: Wir haben jetzt noch acht Redner auf der Liste. Eigentlich wäre in zwei Minuten Pause. Wir haben unsere Gesundheitsdirektorin (*Regierungspräsidentin Natalie Rickli*) auf 10.15 Uhr bestellt. Wir haben auch noch zwei Fraktionserklärungen. Ich habe beschlossen, dass wir nach 10.15 Uhr mit dem Geschäft 6 (*KR-Nr. 123/2024*) weiterfahren werden. Ich werde das Geschäft 5 unterbrechen und anschliessend nach der Debatte die Nummer 6 wieder anhängen. Und wenn wir es nicht schaffen – vielleicht um 12.15 Uhr oder 12.30 Uhr höre ich dann mal auf –, dann werden wir mit der Debatte am nächsten Montag weiterfahren.

René Isler (SVP, Winterthur): Nein, nein, Herr Ratspräsident, da sind Sie falsch gewickelt. Ich wollte dann noch zu diesem Geschäft reden, aber ich bin nicht sicher, ob ich jetzt schon wieder als Redner zu diesem Traktandum 5 reden darf. Ich bin schon länger angemeldet. (*Der Ratspräsident nickt zustimmend.*) Aber wenn ich reden kann, dann ist es schon gut so. Jetzt sehen Sie mal, wie ehrfürchtig ich vor diesem neuen Ratspräsidenten bin.

Als zweitamtsältestes Ratsmitglied sehe ich das schon ein bisschen anders. Also zu gewissen Vorwürfen: Ich meine, wir haben irgendwie den Fokus verloren. Um was geht es? Wir reden da vom Milizsystem. Und ich stelle fest, dass man da vor allem seine eigenen Befindlichkeiten und Partikularinteressen einbringen will in diesen Ratsbetrieb. Nein, meine Damen und Herren, das ist ganz anders: Es ist eine ehrenvolle Tätigkeit, hier sein zu dürfen, aber es ist kein Muss. Wenn Sie die Protokolle hervorheben würden, was damals debattiert wurde, als sich die linksgrüne Seite mehr Lohn zugeschanzt hat, und sich jetzt die heutige Debatte wieder zu Buche führen, wenn Sie diese zwei Protokolle, wenn sie dann mal niedergeschrieben sind, miteinander vergleichen, werden Sie sehr viele Parallelen feststellen. Und ja, es ist so, wenn wir die Möglichkeit haben, berufsmässig eine Vielfalt von

Handwerkern, Studierenden, Ärzten oder was auch immer zu haben, wenn das die Wähler dann auch so wollen, ist das eine gute Sache. Und an den Grünen-Sprecher, den allerersten, ich glaube, er ist mittlerweile der Präsident (*gemeint ist Fraktionspräsident Thomas Forrer*): Ich war ja 40 Jahre lang Polizist und seit jetzt 33 Jahren mache ich Politik in einem Rat, entweder in Winterthur oder hier in Zürich. Und ja, es war mir immer möglich, auch wenn ich unregelmässig gearbeitet habe, aber – jetzt kommt ein Aber – man muss sich bewegen, man muss planen. Ich habe anderthalb Tage pro Montag vorgearbeitet und so disponiert, dass es mir möglich war, am Montag zu kommen. Und wenn wir noch ein bisschen in die Vergangenheit schweifen: Es gab eine lange Zeit, das wird mir die Ratsamtsälteste, meine geschätzte Kollegin von den Grünen (*Gabi Petri*), attestieren, es gab eine lange Zeit so um die 2000er-Jahre, da hatten wir praktisch nie Doppelsitzung; und wenn doch, dann war es immer um die Budgetzeit herum. Und mit der Einführung des Doppelten Pukelsheimers (*vom deutschen Mathematiker Friedrich Pukelsheim entwickeltes Wahlverfahren*) hat es auch wieder mehr Parteien gegeben. Und wie verschafft sich eine Partei dann Gehör? Indem sie mit Vorstössen operiert. Und mehr Vorstösse gaben irgendwann auch mehr Arbeit für die Verwaltung, für das Parlament, für die Regierung. Und so ist es gewachsen. Dann haben wir noch die PI als Allheilmittel ins neue Kantonsratsgesetz «hineingepostet» und das war dann natürlich etwas wie ein heiliger Gral. Und dann hat man angefangen, eigentlich fast schon sehr planmässig, immer am letzten Montag des Monats PI abzuarbeiten. Das hat damals die grüne Ratspräsidentin (*Altkantonsrätin Esther Guyer*) so eingefädelt, ich fand das eigentlich eine gute Geschichte.

Aber noch einmal: Hier geht es eigentlich nur um einen Ratsbetrieb, mit dem wir so nah wie möglich bei einem Milizsystem sind. Und da hat es einfach für eigene Befindlichkeiten keinen Platz. Und da geht es auch nicht an, dass man Partikularinteressen oder die Anhandnahme von Kinderbetreuungsplätzen – oder was auch immer Sie noch fordern, worauf dieser Rat auch noch Rücksicht nehmen muss – verfolgt, das hat in diesem Ratsbetrieb keinen Platz. Und wenn ich etwas nicht vereinbaren kann, dann mache ich einfach diese Tätigkeit nicht. Denn ich muss ja nicht, ich darf und ich will. Und das bringt es eben auch mit sich, dass man ganz viel selber einbringen und sich auch organisieren muss. Und deshalb ist diese PI eine ganz gute Sache.

Ratspräsident Jürg Sulser: Bevor wir die Pause einschalten, möchte ich an dieser Stelle Theres Agosti und Gianna Berger recht herzlich zum Geburtstag am heutigen Tag gratulieren. (*Applaus*)

(Nach der Pause und dem Abschluss der vorgezogenen Beratung von Traktandum 6, KR-Nr. 123/2024)

Ratspräsident Jürg Sulser: Ich möchte folgende Personen (*von der geschlossenen Rednerliste*) bitten, sich nochmals anzumelden: Tobias Weidmann, Florian Heer, Josef Widler, Sylvie Matter, Stefan Feldmann, Markus Schaaf und Domenik Ledergerber.

Stefan Feldmann (SP, Uster): Ich habe die Ehre, seit 17 Jahren diesem Rat anzugehören. In dieser Zeit habe ich gelernt, dass es kein anderes Wort gibt, das in diesem Rat so oft benützt und dem so wenig nachgelebt wird, wie das Wort «effizient». Und der heutige Morgen ist ein Paradebeispiel dafür: Es wird hier ein Problem diskutiert, das meiner Meinung nach nicht wirklich eines ist. Auch der SVP-Fraktionspräsident (*Tobias Weidmann*) hat ja gleich einleitend gesagt, er könne mit dem aktuellen System eigentlich sehr gut leben. Aber was machen wir? Wir diskutieren über zwei Stunden und mit über zwei Dutzend Sprecherinnen und Sprechern über dieses Problem, das keines ist oder das zumindest kein drängendes ist. In dieser Zeit hätten wir viel besser uns den Problemen widmen können oder uns den Problemen widmen sollen, die zu lösen wir eigentlich gewählt sind, die Traktandenliste ist weiss Gott lang genug. Benno Scherrer hat es gesagt: Was nicht kaputt ist, braucht nicht repariert zu werden. Das jetzige System ist nicht kaputt. Lösen wir also nicht ein Problem, das es gar nicht gibt. Sprechen wir nicht über Effizienz, sondern leben wir sie! Bewahren wir die Geschäftsleitung vor zusätzlicher Arbeit! Stimmen Sie dem Antrag der Geschäftsleitung zu, besten Dank.

Ratspräsident Jürg Sulser: Das Wort hat Domenik Ledergerber, Herrliberg. Er ist nicht hier? Er scheint nicht im Saal zu sein, dann gehen wir weiter.

Sylvie Matter (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Lieber Ueli Bamert, du widersprichst dir. Du hast zuerst gesagt, es gäbe nicht weniger Sitzungen, und dann hast du gesagt, wir fürchten ja nur um unsere Sitzungsgelder. Also beides geht nicht. Entweder gibt es nicht weniger Sitzungen, dann gibt es auch nicht weniger Sitzungsgelder, oder dein Vorwurf ist Blödsinn. Wenn du an deinen Vorwurf festhalten willst, dann gibt es weniger Sitzungen und deine erste Behauptung stimmt nicht. Also ein bisschen Konsistenz in dem, was man sagt, wäre hübsch: Entweder an deinem Vorwurf festhalten oder weniger Sitzungen, beides geht nicht.

Lieber Reto Agosti: Ich fand es spannend, dass Kollege Widler bei dir einen Nachnamen hat und ich nicht, aber das nur am Rande. Du sagst, bei 6000 niedergelassenen Ärzten seid ihr zu zweit untervertreten im Rat. Also ich

weiss, dass ihr im Medizinstudium keine Mathematik mehr habt, vielleicht wäre es effizienter, das zu haben. Aber die Historikerin hilft hier sehr gerne aus: 6000 Ärzte auf 1,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner im Kanton Zürich macht 0,4 Prozent. Zwei Personen im Kantonsrat bei 180 Mitgliedern macht 1,1 Prozent. Ihr seid sehr deutlich übervertreten (*Heiterkeit*). So schwierig kann es also nicht sein, den Beruf als niedergelassener Arzt im heutigen System mit einem Kantonsratsmandat zu vereinbaren.

Zur Studie, die du kritisiert und zu der du das Beispiel Appenzell-Ausser rhoden gebracht hast: Offensichtlich hat die Studie niemand gelesen, man findet sie eigentlich relativ schnell. Sie wurde, wie gesagt, vom Nationalrat in Auftrag gegeben, weil er eben die Vereinbarkeit von Politik, Beruf und Familie verbessern will. Professor Ueli Kieser hat für diese Studie Mitglieder des nationalen, aber auch verschiedener kantonalen Parlamente befragt, um eben Mitglieder von Parlamenten mit ganz unterschiedlichen Modellen zu haben, und ist aufgrund dieser Befragung zum Schluss gekommen, dass die wöchentlichen Sitzungen das Modell sind, das am besten vereinbar ist mit Arbeit und mit Familie. Also das, was wir haben, ist das, was in dieser Studie auch rauskommt, dass es am besten zu vereinbaren ist. Sie müssen also nicht auf die Modelle verschiedener Parlamente verweisen, es ist ganz einfach: Wir sind schon in dem Modell, zu dem die Studie der Uni Sankt Gallen – also nicht eine linke Universität, das können Sie ihr nicht unterstellen – zeigt, dass es das beste ist. Die Regelmässigkeit ist für die Planbarkeit am besten. Natürlich können Sie jetzt sagen: «Wenn wir alle zwei Wochen Sitzung haben, dann ist es immer noch planbar, es ist dann ja auch regelmässig. Wir machen es einfach beispielsweise immer in den geraden Wochen. Immer in den geraden Wochen ist Rat, immer in den ungeraden nicht.» Ja gut, das geht gut, bis wir Ostern haben. Dieses Jahr hätten wir in Woche 12 noch eine Ratssitzung gehabt, Woche 13 wäre ausgefallen, weil ungerade. Woche 14 wäre ausgefallen, weil Ostermontag, Woche 15 wäre ausgefallen, weil ungerade. Dann hätten wir einfach drei Wochen keine Ratssitzung gehabt, keine Fraktionssitzungen. Wie man dann in den Kommissionen weiterarbeiten will, weiss ich auch nicht. Natürlich könnten Sie jetzt sagen – das wurde in der Vorberatung auch angedeutet – ja, dann können wir ja wechseln. Also wenn ein Montag, an dem wir Rat hätten, ausfällt, dann können wir einfach in der Woche darauf Rat machen. Dann ist es halt nicht immer in den geraden Wochen, sondern dann wechseln wir. Also hätten wir in Woche 15 wieder eine Ratssitzung gehabt und dann in Woche 16 keine, dann in Woche 17 wieder. Ja, das geht gut bis Woche 21, dann ist Pfingstmontag. Und Ostermontag und Pfingstmontag sind immer in einer geraden und einer ungeraden beziehungsweise ungeraden und geraden Woche, das hängt voneinander ab.

Also dort geht der Rhythmus nie auf. Es würde nie zu einer Regelmässigkeit kommen. Das geht nicht auf.

Ueli Bamert hat die Vehemenz bemerkt oder bestaunt, mit der wir hier gegen diese PI kämpfen. Ja, Ueli Bamert, weil wir sie durchgedacht haben, weil wir nicht eine Idee in den Raum werfen und sagen «ja das geht dann schon irgendwie». Wir haben es durchgedacht. Wir haben geschaut: Wie viele Sitzungen fallen tatsächlich aus? Was heisst das Ganze wirklich? Ich habe Studien dazu gesucht und geschaut: Was bedeutet es wirklich? Und es zeigt, dass es schlecht ist, was ihr machen wollt, dass es negative Auswirkungen hat auf die Kommissionen, schon heute. Nehmen wir Bauprojekte: Wenn ein Bauprojekt aus der Regierung kommt, ein fertiges Projekt mit Budget und allem, geht es anderthalb Jahre, bis wir hier durch sind im Rat, mit der Kommission und der Ratssitzung. Ja klar haben wir dann Budgetüberschreitungen, da einfach gar nichts mehr dort ist, wo es zum Zeitpunkt war, als wir es errechnet haben. Wenn wir das hier machen, geht es noch länger. Wollen Sie wirklich, dass wir noch länger haben, dass alles noch schlechter geht? Wir haben es durchgerechnet und bekämpfen die PI darum mit so viel Vehemenz, weil es unserem Kanton schadet, das so umzusetzen.

Josef Widler (Die Mitte, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Als ich diese PI mitunterzeichnet habe, hätte ich nie gedacht, dass es hier zu einem Links-Rechts-Schlagabtausch kommt, dass die Emotionen so hochgehen, da bin ich einfach überrascht. Wenn ich jetzt unsere Altkantonsratspräsidentin Sylvie Matter höre, dann muss ich sagen: Sie hat einige Probleme angesprochen, diese liegen aber am Montag. Dann müssten wir uns vielleicht überlegen, ob wir den Dienstag wählen sollen – sie schüttelt schon den Kopf –, aber das ist die Konsequenz ihrer Aussage. Sie sagt, die Nachmittagssitzungen seien jetzt schon ineffizient, weil jene, die in einer Exekutive sind, an ihre Sitzungen müssen. Da wäre es vielleicht sinnvoll, einmal zu hinterfragen: Welches wäre denn der ideale Tag? Wir hätten keine Ausfälle an Ostern, wir hätten keine Ausfälle an Pfingsten. Ich gebe zu, man müsste wieder etwas studieren und sich das überlegen. Aber ich bin wirklich überrascht, dass man nicht bereit ist, etwas weiter zu denken. Auch wenn es 100 Jahre schon gut gegangen ist, muss ich Ihnen sagen: Diese Unflexibilität, Erkenntnisse zu haben, die Konsequenzen nicht zu ziehen, finde ich doch speziell. Und dass ein solches unpolitisches Thema zu einem Links-Rechts-Schlagabtausch führt, das geht mir sowieso zu weit. Vielleicht bin ich als ein hier übervertreter Arzt etwas überfordert.

Aber ich glaube, es würde sich wirklich lohnen, sich einmal Gedanken zu machen: Ist es wirklich der richtige Tag? Ist es die richtige Frequenz? Und

die Probleme mit dem Regierungsrat und die Probleme mit den Kommissionen sind alle lösbar. Zum Beispiel wäre dann der Montag wieder zur Verfügung für Kommissionssitzungen. Also bitte nicht so eingeschränkt! Denken Sie doch einmal über die Grenzen hinaus, «out of the box» sagt man, glaube ich, modern. Aber einfach zu sagen, es sei ein Links-Rechts-Problem, damit habe ich Mühe.

Florian Heer (Grüne, Winterthur) spricht zum zweiten Mal: Ich wollte auf einige Sachen noch kurz antworten. Mehrere von Ihnen haben die Session als mögliche Variante genannt. Es kam von Martin Huber, von Kantonsrätin Brunner, und auch Herr im Oberdorf hat das genannt. Aber das ist nicht Thema dieses Vorstosses. Es bringt nichts, als ein weiteres Argument zu sagen, dass andere Kantone auch etwas ganz anderes hätten. Hier geht es nicht um eine Sessions-Forderung, deshalb haben wir auch nicht dazu Stellung genommen. Es ist nicht Diskussteil, es bringt nichts, ein solches Argument zu nennen. Ausserdem ist die Session beim letzten Kantonsratsgesetz, bei der letzten Revision intensiv diskutiert und abgelehnt worden. Ja, wenn Sie dazu einen Vorstoss machen möchten, dann tun Sie dies.

Noch zu Herrn Widler, der gerade gesagt hat, dass er nicht verstehe, dass ein so apolitischer Vorstoss wie dieser uns irgendwie so herausfordere oder uns so vehement die Voten formulieren lässt. Es ist eben keine Frage der Flexibilisierung, sondern es ist einfach eine Frage der Vernunft, einer sinnvollen Legiferierung. Ihr Vorstoss fördert das bei weitem nicht, im Gegenteil: Nur Flexibilität zu fordern oder Effizienz zu fordern, bringt nichts, wenn es um Demokratie geht. Unsere Demokratie braucht diese Zeit, diese müssen wir ihr geben.

Noch zu Herrn Bamert, er hat auch gesagt – ein ganz nettes Argument –, wir sollten uns nicht so ernst nehmen. Doch, den Rat sollten wir ernstnehmen. Diese Aufgabe ist gewichtig. Sie ist so gewichtig, dass wir ihr genügend Zeit einräumen müssen.

Herr Agosti hat auch gesagt, dass wir die gewonnenen Tage praktisch für unsere Unternehmen nutzen und dann arbeiten könnten. Das ist genau das Wording, das wir nicht möchten. Wir möchten, dass klar ist, dass dieses Amt nicht mit einem 100-Prozent-Pensum kompatibel ist. Das ist allen klar. Und diese Zeit müssen wir diesem Rat oder für diese Funktion in unserem Leben freiräumen.

Herr Bamert hat auch gesagt, wir sollten einfach weniger Vorstösse machen oder weniger Vorstösse schreiben, wenn wir weniger Sitzung hätten. Genau, das können wir uns alle zu Herzen nehmen, weniger Vorstösse zu schreiben. Aber das ist ein Perpetuum-mobile-Argument, dass wir, wenn wir weniger

Sitzungen haben, weniger Vorstösse schreiben, und es ist auch ein unsinniges Argument. Ich glaube, ich habe alles gesagt, besten Dank.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach), Referent der GL: Zu diesem Geschäft gibt es einfach noch ein paar kleine faktische Sachen, die gesagt worden sind, die zu berichtigen ich mir als Sprecher oder Referent der GL an dieser Stelle doch noch erlaube: Also zunächst einmal haben wir seit anderthalb Jahren ein neues Verfahren, das wir bei den parlamentarischen Initiativen praktizieren. Und es wurde jetzt gesagt, wir hätten das in der GL nur einmal beraten. Das ist, erstens, nicht wahr, wir haben uns an vier Sitzungen beraten. Und das zweite ist: Wir haben den Vorstoss, Herr Habicher, materiell nicht beraten, sondern wir haben in der GL das Eintreten beraten. Wollen wir auf diesen Vorstoss eintreten? Das ist ja das neue Verfahren, das wir jetzt haben. Und wenn ja, dann gehen wir in die vertiefte legislatorische Auseinandersetzung damit. Das haben wir bis jetzt noch nicht gemacht, sondern entschieden, dass es gegenwärtig kein Bedürfnis und kein Problem gibt, das rechtfertigen würde, dass wir jetzt da eine vertiefere Auseinandersetzung in der Kommission machen. Deshalb beraten wir das jetzt ja hier im Rat.

Es wurde auch von Herrn Bernhard in Oberdorf gesagt, dass der Antrag auf Streichung der Ratssitzung in den Frühlingsferien von den Arbeitsverweigerern der Linken gekommen sei. Ich mache Sie gerne darauf aufmerksam, dass dieser Antrag in der GL – wenn ich das überhaupt sagen darf ohne das Kommissionsgeheimnis zu verletzen –, von Ihrer eigenen Fraktion gekommen ist. Wir haben ihn auf Antrag von Tobias Weidmann besprochen, der, glaube ich, hier eine Fraktionsaufgabe erfüllt hat. Sie müssen sich da auch ein bisschen selber – wenn ich mir die Bemerkung gestatten darf – an den Ohren nehmen.

Dann habe ich von Herrn Bamert gehört, ein Argument – ich weiss gar nicht mehr, welches – aus der GL sei, Zitat, absolut «hirnrissig». Da muss ich Sie doch bitten: Wir versuchen, eine ernsthafte und vernünftige Kommissionsarbeit zu machen (*Zwischenruf*) – doch, Sie haben das Wort «hirnrissig» benutzt, vielleicht haben Sie es schon wieder verdrängt –, aber ich muss doch auch die Kommission ein bisschen in Schutz nehmen und sagen: Wir arbeiten nach bestem Wissen und Gewissen und in der Regel arbeiten wir nicht mit hirnrissigen Argumenten.

Schliesslich auch noch ein Argument, das noch nicht in der GL behandelt oder hier erwähnt worden ist, das hier noch nicht zur Sprache gekommen ist: Wir sind der grösste Kanton, was die Bevölkerung anbelangt. Wir sind der grösste Kanton, was die Wirtschaftsleistung anbelangt. Und man darf wahrscheinlich sagen, dass wir auch hinsichtlich der politischen Diversität nicht nur der Bevölkerung, sondern auch der Themen, die wir haben, der grösste

Kanton der Schweiz sind. Das heisst, auch die politischen Aufgaben, die wir haben, sind wahrscheinlich – wie soll ich sagen – am breitesten. Zum Beispiel hat kein anderer Kanton einen Flugplatz (*Zwischenruf*) – Genf, klar, aber wir haben den grössten Flugplatz mit Kloten, Sie wissen ganz genau, was ich meine (*Heiterkeit*). Sie wissen exakt, genau, was ich meine, nämlich dass der Flughafen Kloten uns politisch sehr viel aufträgt und wir deshalb im Rat viele Diskussionen und Anträge und Geschäfte haben. Und wenige Kantone haben betreffend Aviatik derart grosse Aufgaben wie wir, da stimmen Sie mir zu; und hoffentlich habe ich es jetzt richtig formuliert. Und so gibt es auch einige andere Bereiche, die genauso in unsere Kompetenz fallen, und das führt halt auch zu mehr Geschäften. Und wie soll ich es sagen: Es fallen viel breitere, viel mehr Politikbereiche in die Kompetenz des Kantonsrates als in anderen Kantonen und insofern ist halt auch die Geschäftslast grösser. Das ist noch ein Argument aus der GL, das hier nicht besprochen worden ist, und in diesem Sinne bitte ich Sie, diese PI hier abzulehnen.

Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen) spricht zum zweiten Mal: Ich bedanke mich herzlich für die vielfältige Debatte. Es ist immer gut, wenn wir uns hinterfragen, ob man ein System verbessern kann. Ich glaube, für uns alle hier drin ist klar: Für uns passt das System, darum sind wir auch hier und wir sind auch bereit. Ich finde es daher schade, wenn man auf die Person spielt und versucht, hier zu sagen, man wolle nicht hier sein und so weiter. Ich glaube, es geht hier nicht um meine Person, Florian Heer. Ich bin gerne hier, ich bin auch Fraktionspräsident. Sie können meine Abwesenheit prüfen, ich bin jeden Montag hier. Ich habe mehr aus der Perspektive als Bezirksparteipräsident gesprochen, von den Personen, die eben nicht hier sind, weil es ihnen vielleicht einfacher möglich wäre, hier teilzunehmen, wenn sie nur alle zwei Wochen kommen müssten. Für jemanden, der sagt «ich brauche feste Planbarkeit, ich muss jeden Montag hier sein», der kann ja seinem Arbeitgeber sagen «ich bin jeden Montag abwesend». Ob er dann alle zwei Wochen Doppelsitzungen hat und an einen Montag nicht, spielt nicht so eine Rolle. Aber ich finde, dass es auf allen Seiten gute Argumente hat. Ich verzichte jetzt darauf, wie Sylvie Matter in die Tiefe zu gehen, hier meinen «Battle» auszutragen, aber ich schlage vor: Den Mehrwert, der genannt wurde mit den Informationsveranstaltungen am Nachmittag, finde ich sehr gut. Wir haben ja heute Nachmittag um 15 Uhr eine Veranstaltung, eine Informationsveranstaltung, parteiübergreifend. Ich freue mich, dass Sie daran teilnehmen und kommen. Das ist genau das, was ja der Mehrwert ist, wenn wir am Nachmittag keine weitere Sitzung haben. Aber ich möchte hier nicht mehr verlängern. Ich glaube, vieles wurde gesagt, ich beende das. Vielen Dank.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Tobias Weidmann gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 88 : 86 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission zuzustimmen und die parlamentarische Initiative 182/2022 abzulehnen.

Ratspräsident Jürg Sulser: Wir müssen die Abstimmung noch einmal wiederholen. Es wird gedrückt, wenn ich fertig gesprochen habe.

Wir kommen nochmals zur Abstimmung. Ich hoffe, es ist allen klar, welche Taste sie drücken müssen, oder muss ich es nochmals wiederholen? Das ist nicht der Fall. Die Abstimmung kann gestartet werden.

Wiederholung der Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 88 : 86 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission zuzustimmen und die parlamentarische Initiative 182/2022 abzulehnen.

II.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.

6. Finanzkrise bei den Zürcher Spitälern

Dringliche Interpellation Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), Brigitte Rööfli (SP, Illnau-Effretikon), Nicole Wyss (AL, Zürich), Claudia Frei (GLP, Uster), Tina Deplazes (Die Mitte, Hinwil) vom 15. April 2024

KR-Nr. 123/2024; *Fortsetzung der Beratung vom 6. Mai 2024*

Ratspräsident Jürg Sulser: Wir setzen die Beratung vom letzten Montag fort. Die Personen, die das letzte Mal noch (*die Taste für eine Wortmeldung*) gedrückt haben, bitte nochmals drücken.

Ordnungsantrag

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Ich beantrage,

die Rednerliste zu schliessen.

Nach der Diskussion waren am letzten Montag nur noch Fraktionssprecher auf der Liste, darum denke ich: Alles ist gesagt und dieses Thema besprochen. Ich bitte Sie, die Rednerliste zu schliessen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 84 : 72 Stimmen (bei 1 Enthaltung), den Antrag von Lorenz Habicher abzulehnen und die Rednerliste nicht zu schliessen.

Renata Grünenfelder (SP, Zürich): Ich gebe meine Interessenbindung bekannt: Ich arbeite als Expertin Notfallpflege im Universitätsspital Zürich (USZ).

Ich nehme Bezug auf das Votum meiner Kollegin Raffaella Fehr vom letzten Montag: Es stimmt, dass die nicht kostendeckenden Tarife und die zu hohen Investitionen für die finanzielle Schieflage der Spitäler verantwortlich sind. Es stimmt aber nicht, dass die Löhne des Personals und vor allem der Pflegenden für das finanzielle Debakel der Spitäler verantwortlich sind. Es ist vielmehr ein Fehler, wenn Investitionen in Neubauten getätigt werden, die nicht finanzierbar sind. Für diese Fehler sind die CEO, aber auch die strategische Führung der Spitäler verantwortlich. In diesen Verwaltungsräten und -präsidien finden sich überproportional viele Personen aus Ihrer Partei. Folge davon: Entweder wird das Spital (*gemeint ist das Spital Wetzikon*) vom Kanton gerettet mitsamt seinem Spitalpalast oder das Spital geht Konkurs und im schlimmsten Fall bleibt eine Bauruine zurück. In beiden Fällen bezahlt die Bevölkerung die Rechnung mit Krankenkassenprämien und mit Steuergeldern. Wir müssen bezahlen, ohne dass wir mitbestimmen können, was bestellt wird. Die privaten Finanzinstitute machen sich aus dem Staub, wenn es brenzlig wird. So funktioniert freie Marktwirtschaft im regulierten Gesundheitssystem.

Und nun ist das Personal schuld, soll bescheiden sein und noch auf seine Forderungen nach verbesserten Arbeitsbedingungen verzichten? Liebe FDP, meint ihr das wirklich ernst? Diese Haltung kommt beim Spitalpersonal und auch bei der Bevölkerung nicht gut an. Danke.

Nicole Wyss (AL, Zürich): Auch die Alternative Liste dankt der Regierung für die Beantwortung der Fragen. Viel wurde bereits gesagt, beantwortet oder infrage gestellt. Wie wir schon in unserer Fraktionserklärung von Anfang April gesagt haben, müssen wir heute ganz grundsätzlich über die Spitalplanung diskutieren. Die Alternative Liste hat seit der Inkraftsetzung des Spitalplanungs- und Finanzierungsgesetzes mit seinen leistungsbezogenen Fallpauschalen im Jahr 2012 immer wieder davor gewarnt, dass die vom Kanton

doch gewollte Unterfinanzierung der Spitäler, der medizinischen Grundversorgung, und die doch eher halbherzige Spitalplanung gefährliche Folgen haben werden. Und ich sage es gerne einmal mehr: Wettbewerb hat in der stationären Gesundheitsversorgung nichts verloren. Warum die FDP nach wie vor findet, dass genau dieser unabdingbar sei, obwohl das Kinderspital (*Kispi*) und das Spital Wetzikon unter ihrer Führung nun um staatliche Finanzhilfe bitten muss, ist uns unerklärlich. Der Markt spielt, das stimmt, aber auf wessen Kosten? Auch der Angriff auf die hohen Personalkosten ist völlig fehl am Platz. In der Gesundheitsbranche ist das Personal das Herzstück, ohne es geht es nicht. Und logischerweise sind da die Kosten hoch. Wenn wir uns die Löhne des Spitalpersonals solidarisch nicht leisten können, wie sollen sich dann diese Personen ihren Lebensunterhalt leisten können? Es ist jetzt an der Zeit, die Fehler der vergangenen Jahre zu benennen und zu korrigieren. Die Zielsetzung der Spitalfinanzierung ab 2012 war Kostendämpfung, Effizienzsteigerung, Abbau von Überkapazitäten. Nichts davon ist erreicht. Unsere Regierungsratspräsidentin, Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli, war zwar etwas mutiger bei der Spitalplanung als ihr Vorgänger (*Altregierungsrat Thomas Heiniger*), aber eben nur etwas. Und das, wie wir nun sehen können, reicht nicht. Es ist an der Zeit, die Segel neu zu setzen. Die Politik des Aushungerns der Spitäler und der damit verbundenen zufälligen Bereinigung von Überkapazitäten kann zum Chaos führen.

Es sollen nun, so die Gesundheitsdirektorin am vergangenen Montag, ab jetzt alle Jahresabschlüsse und Revisionsberichte sämtlicher Listenspitäler analysiert werden. Das heisst in anderen Worten, dass es mehr kantonale Kontrolle braucht, was wiederum heisst, dass auch sie findet, dass die freie Marktwirtschaft im Spitalwesen versagt hat. Wie viel Spitalkapazität braucht es mit Blick auf die Neuausrichtung «ambulant vor stationär»? Wie viele Spitäler braucht es? Und welche Spitäler sind systemrelevant? Diesen Fragen muss sich die Gesundheitsdirektion ohne Wenn und Aber stellen. Es braucht eine konsequente und auch interkantonal koordinierte Bedarfsplanung, denn sonst haben die Spitäler keinen Planungshorizont und keine Planungssicherheit. Hinzu kommt, dass mit einer guten Bedarfsplanung auch der Kostensteigerung Einhalt geboten werden kann.

Zur Frage 1: Die finanziell schwierige Lage der Eleonoren-Stiftung hat sich bereits 2013 bemerkbar gemacht – ein erstes Darlehen 2013, ein weiteres 2023. Die Gesundheitsdirektion hätte mit der Spitalplanung die Instrumente gehabt, um hier früher kritisch hinzuschauen und die Reissleine zu ziehen. Stattdessen führt sie bei der Beantwortung der Frage 3 die Eigenverantwortung der Spitäler ins Feld. Dies irritiert die Alternative Liste.

Zu Frage 7: Ein Rettungsschirm ist laut Gesundheitsdirektion nicht vorgesehen, da nicht mit einer Welle von Konkursen gerechnet wird. Mit Blick auf

die Jahresberichte des USZ, des KSW (*Kantonsspital Winterthur*), des Stadtsitals (*Triemli und Waidspital*) sprechen die tiefroten Zahlen eine andere Sprache. Die Alternative Liste ist bei einem Rettungsschirm wie im Kanton Bern ebenfalls skeptisch, wenn auch aus anderen Beweggründen. Ein solcher kann zwar kurzfristig Konkurse abwenden, er ist aber nicht mehr als eine Symptombekämpfung, ein fiebersenkendes Mittel, welches dem eigentlichen Problem nicht auf den Grund geht. Für die Alternative Liste ist daher klar, dass wir auch über eine Rekantonalisierung bestimmter Institutionen reden müssen. Dazu haben wir eine schriftliche Anfrage eingereicht. Danke.

Claudia Frei (GLP, Uster): Bezugnehmend auf die Aussage von Herrn Vollenwyder (*Martin Vollenwyder, Verwaltungsratspräsident der Eleonoren-Stiftung*) im Tages-Anzeiger-Interview vom 23. April 2024, «Wenn Frau Frei bei Grieder (*Luxusmode-Geschäft an der Zürcher Bahnhofstrasse*) vorbeigeht und im Schaufenster einen Hosenanzug sieht, der ihr gefällt, dann hat sie ihn auch noch nicht gekauft», kann ich Ihnen versichern, dass sich mein Einkaufsverhalten vorwiegend an meinen Finanzen orientiert. Und das selbe würde ich Herrn Vollenwyder auch empfehlen.

Seit längerer Zeit sind die finanziellen Probleme der Spitäler in der ganzen Schweiz immer wieder Thema. Teilweise sind die Spitäler in der öffentlichen Hand davon betroffen, teilweise sind aber auch Spitäler mit privaten Trägerschaften betroffen. Wichtig scheint uns festzuhalten, dass die Tarifsituation für alle Spitäler dieselbe ist. Und seitens der Tarife fanden in den letzten Jahren keinerlei Anpassungen statt, während auf der Kostenseite die allgemeine Teuerung und auch der Teuerungsausgleich beim Personal schwer ins Gewicht fallen.

Dennoch haben nicht alle Spitäler dieselbe Fokussierung beziehungsweise denselben Leistungsauftrag, womit sich auf der Einnahmenseite auch bei gleichem Tarif doch Unterschiede ergeben. Unterschiede sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben können immer sowohl Vor- als auch Nachteile haben. Zum Beispiel kann das Kinderspital offenbar Spenden in einem Ausmass generieren, das den anderen Spitälern nicht möglich erscheint. Ebenso kann das GZO-Spital Wetzikon (*Gesundheitsversorgung Zürcher Oberland*) bei der Arbeitszeit Modelle wählen, die andere nicht wählen können oder auch nicht wählen wollen.

Grundsätzlich erachten wir es als richtig, einmal zu erkennen, dass der Regierungsrat und genauer die Gesundheitsdirektion nicht unter allen Umständen bereit ist, jedes Defizit und jede Fehlplanung zu decken. Es stellt sich generell die Frage, was davon zu halten ist, dass gewisse Spitäler ihre Unabhängigkeit und Freiheit gerne dann nutzen, wenn es ihnen eben nützt. Bei

Problemen wird jedoch stets schnell nach dem Kanton gerufen und von diesem erwartet, dass er dann uneingeschränkt alle Probleme löst. Das ist falsch und das ist auch definitiv nicht die Aufgabe des Kantons.

Zukünftig muss mit Sicherheit mehr Augenmerk auf die finanzielle Situation gelegt werden. Es muss Transparenz darüber geben, welche Spitäler zwingend notwendig sind und welche «nice to have» sind. Dann wissen auch die betroffenen Spitäler, womit sie im Notfall rechnen können und womit sie eben nicht rechnen können; die Regierungspräsidentin hat uns letzte Woche darüber schon ein wenig aufgeklärt. Weiter sollten auch die Spitäler, die nicht dem Kanton gehören, eine grössere Transparenz über ihre finanzielle Situation ablegen. Tatsache ist, dass der Kanton Zürich eine sehr hohe Spitaldichte hat. Wie fest sich hier Angebot und Nachfrage durchaus auch gegenseitig beeinflussen, können wir nicht beurteilen. Dass hier aber auch ein Zusammenhang besteht, davon gehen wir aus.

Und dann noch ein letzter Punkt: Die Zeiten, in denen Politiker Spitäler führen können, sind vorbei. Gerade an der Spitze muss man einen grösseren Rucksack mitbringen als das Mitbringen von politischen Ämtern. Neuestes Beispiel sehen wir gerade auch in Luzern (*Ständerat Damian Müller war als Verwaltungsratspräsident des Kantonsspital Luzerns designiert, verzichtete aber schliesslich auf das Mandat*). Und auch sonst ist definitiv vermehrt auch ein Augenmerk auf die Zusammensetzung von Verwaltungsräten von Spitälern zu legen. Einige Spitäler haben hier ihre Aufgaben bereits erledigt. Besten Dank.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Wir danken den Interpellantinnen für die gestellten Fragen und der Gesundheitsdirektorin für deren Beantwortung. Die Fragen rund um Kispil und GZO wurden eingehend beantwortet und auch schon kommentiert. Ich erlaube mir deshalb einige Ausführungen zum Spitalwesen aus einer ein wenig übergeordneteren Sicht:

Zuerst die gute Nachricht: Nach wie vor ist unser Gesundheitssystem in der Schweiz weltweit eines der besten, wenn nicht das beste überhaupt. Innerhalb von kürzester Zeit sind in einem Notfall Fachleute vor Ort und können helfen. Und innerhalb von kürzester Distanz ist jeweils ein Spital erreichbar. Und in jedem dieser Spitäler sind hochqualifizierte Fachleute, die rasch und wirksam handeln können. All dies ist nicht selbstverständlich und die Mehrheit der Menschen auf diesen Planeten kommt niemals in den Genuss all dieser Vorzüge. Das ist die gute Nachricht: Wir haben eines der besten Gesundheitssysteme. Und es gibt noch eine weitere gute Nachricht: Der ganze Sektor «Gesundheitsversorgung» ist volkswirtschaftlich hoch relevant. Allein im Kanton Zürich bieten Spitäler, Pflegeheime und Spitex-Organisationen Zehntausenden von Menschen eine Arbeitsstelle und ein Einkommen.

Und all diese Menschen zahlen Steuern, konsumieren, geben Geld aus und halten damit unsere Wirtschaft mit am Laufen.

Aber es gibt eben auch die Kehrseite, unser Gesundheitssystem rauscht mit Vollgas in eine Krise, und das hat mehrere Gründe: Ein Spital hat drei grosse Kostenblöcke, die aus dem laufenden Betrieb gedeckt werden müssen, die Personalkosten – das sind etwa 70 Prozent –, die laufenden Betriebskosten – das sind etwa 20 Prozent – und die Investitionen, etwa 10 Prozent, also Kosten, die einmal getätigt werden und dann über mehrere Jahre abgeschrieben werden. Einnahmen können Spitäler nur durch die Behandlung von Patienten generieren. Die Tarife dieser Behandlungen werden zwischen Spitälern und Krankenkassen ausgehandelt. Von 2012 bis 2023 sind diese Tarife unverändert geblieben. Das heisst, Spitäler konnten ihre Erträge nur steigern, indem sie mehr Patienten behandelten. Zwei Faktoren haben dazu beigetragen, dass die Spitäler während dieser Zeit trotzdem gut wirtschaften konnten: Es gab praktisch keine Teuerung, das ist gut für die Betriebskosten. Und die Banken vergaben zu sehr günstigen Konditionen Kredite, das ermöglicht günstige Investitionen. Dank tiefer Teuerung und günstigen Krediten ging die Rechnung einigermaßen auf. Doch 2021 hat sich das Blatt radikal gewendet. Allein von 2021 bis heute gibt es eine Teuerung von 7,4 Prozent. Im Jahr 2023 stiegen im Kantonsspital Winterthur die Personalkosten um 13 Prozent. Die Tarife, also die Einnahmen der Spitäler, stiegen aber nur um 3 Prozent. Das kann nicht aufgehen. Weder stationär noch ambulant decken die Erträge die anfallenden Kosten vollständig ab. Mit diesen Rahmenbedingungen können die Spitäler gar kein Geld mehr verdienen. Gemäss einem Fallkostenvergleich konnten im Jahr 2022 lediglich drei von 22 Spitälern im Kanton Zürich ihre Kosten decken. Es geht jetzt also nur noch darum, die Verluste so klein wie möglich zu halten.

Es wird nicht besser, jedenfalls nicht von allein. Es braucht Entscheidungen in Bern und es braucht Entscheidungen in Zürich, um die Situation zu verändern. Und sinnvollerweise sprechen sich diese beiden Ebenen miteinander ab, statt sich gegenseitig die Verantwortung zuzuschieben.

Was braucht es? Erstens: Spitäler brauchen höhere Tarife, damit sie wieder kostendeckend arbeiten können. Zweitens: Die Macht der Krankenkassen muss zurückgebunden werden. Mittlerweile gibt es drei Gruppierungen von Krankenkassen, mit denen die Spitäler Tarifverhandlungen führen müssen. Mit Rekursen verzögern die Krankenkassen jeweils die Tarifanpassungen. Und mit stupiden Controllings werden die Mitarbeitenden in den Spitälern von ihrer eigentlichen Arbeit an den Patienten abgehalten. Drittens: Wir müssen die Grenzen des Wettbewerbs anerkennen. Es macht keinen Sinn, dass jedes Spital versucht, noch schöner, komfortabler und moderner zu sein als seine Mitbewerber. Dieses Wetttrüben kostet unsinnig viel Geld und die

Folgen sehen wir jetzt exemplarisch an den Spitälern Uster und Wetzikon. Vielmehr müssen Spitäler ermutigt und unterstützt werden, Kooperationen einzugehen und gemeinsam Wege zu suchen. Aus Konkurrenten müssen Partner werden. Und viertens und zuletzt: Wir müssen aufhören, Spitäler als wirtschaftliche Unternehmen zu betrachten. Das waren sie nie. Im Mittelalter sind Spitäler aus Klöstern entstanden, also aus Orten, wo Mönche und Nonnen sich aus Nächstenliebe um Kranke kümmerten. In der Neuzeit haben Städte eigene Hospitäler gegründet, die der medizinischen Versorgung der Bevölkerung dienen sollten. Einrichtungen im Gesundheitswesen müssen stets diesen Fokus vor Augen halten. Sie müssen dem Wohl der Bevölkerung dienen und nicht Gewinne erwirtschaften und damit Stakeholder bedienen. Weniger Administration, vermehrt Kooperationen, kostendeckende Tarife und eine weitsichtige Planung und Gestaltung der dafür nötigen Prozesse – wenn die Gesundheitsdirektion diesen Weg einschlägt, kann sie auf die Unterstützung der EVP zählen.

Sibylle Marti (SP, Zürich): Wir haben letzte Woche gehört, dass der Regierungsrat und Regierungspräsidentin Rickli auch einen grossen Handlungsbedarf im Zürcher Spitalwesen erkennen. So möchten sie – wir konnten das auch nachlesen in den Medien – mehr Controlling für alle Spitäler im Kanton. Und insbesondere auch für das Kinderspital, das in der Bredouille ist, soll es mehr Kontrolle geben durch die Finanzkontrolle und die Stiftungsaufsicht. Dieses Näher-Herannehmen der Spitäler, dieses bessere Kontrollieren der Spitäler, gerade auch was die finanzielle Lage angeht, das begrüssen wir sehr und dabei werden wir Frau Rickli auch unterstützen. Für uns ist aber klar, dass der Handlungsbedarf noch viel grösser ist und dass wir hier viel weiter gehen müssen. Die SP hat deshalb am letzten Montag zwei Vorstösse (*KR-Nrn. 159/2024 und 160/2024*) eingereicht. Beim ersten Vorstoss geht es darum, dass wir einen Zürcher Spitalverbund fordern. Es ist eben so, dass der Handlungsbedarf in der Zürcher Spitallandschaft aktuell klarmacht, dass es nicht mehr Wettbewerb braucht, sondern mehr Koordination. Und deshalb wollen wir, dass alle Spitäler, die in der öffentlichen Hand sind, sich in einem Spitalverbund zusammenschliessen und analog zum ZVV (*Zürcher Verkehrsverbund*) ihr Spitalangebot koordinieren, sodass wir eine gute Gesundheitsversorgung haben im Kanton Zürich, die alles abdeckt, was nötig ist, von der Grundversorgung in den Regionen bis zur Spitzenmedizin, aber eben nicht im Konkurrenz- und Wettbewerbsmodus zueinander, sondern in Koordination zusammen.

Zweitens ist für uns klar, und das Beispiel des Kinderspitals hat uns das deutlich vor Augen geführt: Die systemrelevanten Spitäler müssen in der öffentlichen Hand sein und wir müssen darüber bestimmen können, was mit ihnen

läuft. Das Kinderspital ist absolut systemrelevant, das ist Ihnen auch allen klar. Aus diesem Grund hat es ja eben auch finanzielle Unterstützung vom Kanton erhalten und das ist aus unserer Sicht auch richtig so. Es ist aber stossend, wenn – wir haben das gehört, das sehen auch andere Parteien in diesem Rat so – man immer eigenständiges Unternehmen spielen will und dann bei jedem Finanzproblem aber den Staat ruft. Auf das haben wir keine Lust mehr. Wenn ein Spital so wichtig ist wie das Kinderspital, dann muss es in einer öffentlichen Trägerschaft sein, in einer kantonalen Trägerschaft. Und deswegen haben wir eine Motion (*KR-Nr. 160/2024*) eingereicht, zusammen mit der AL und der EVP, die eben genau den Regierungsrat dazu auffordert zu schauen, dass das Kinderspital in Zukunft in die kantonale Trägerschaft übergehen kann.

Sie sehen also, wir haben sehr konkrete Vorschläge, was wir machen können, um die Zürcher Spitallandschaft künftig besser aufzustellen, und wir danken Ihnen schon heute, wenn Sie unsere Vorstösse unterstützen.

Jeannette Büsser (Grüne, Horgen): In dieser Debatte geht es uns Grünen nicht nur um die gerade akut betroffenen Spitäler, sondern um die zukünftige Versorgung im Kanton. Wir wollen nicht nur eine sichere Versorgung – diese wollen wir auch –, wir wollen aber vor allem eine sinnvolle Versorgungsstruktur im Kanton und darüber hinaus. Und jetzt ist noch Zeit, nicht in einen Krisenmodus zu verfallen, sondern mit Bedacht eine nachhaltige Versorgungsstruktur zu erarbeiten und sich die notwendige Transformation nicht einfach aufdrängen zu lassen, sondern sie zu gestalten.

Unsere Regierung ist in der Verantwortung. Doch diese – so haben wir es von unserer Gesundheitsdirektorin letzte Woche gehört – blickt einmal mehr abwartend nach Bern und hofft auf EFAS (*Einheitliche Finanzierung von ambulante und stationär*). Und eine kleine Unterstellung: Sie ist vielleicht über die Ereignisse gar nicht so unglücklich, denn der Zufall erledigt, was sowieso getan werden müsste, denn wir hätten zu viele Spitäler. Diese Annahme müsste für den Kanton Zürich analysiert werden. Die Auslastung der Spitäler ist auf jeden Fall generell hoch.

An den Finanzierungsproblemen der Spitäler ändert jedoch eine Schliessung eines Spitals oder mehrerer gar nichts. Selbst wenn wir nur ein grosses Spital im Kanton hätten, würde es unter den heutigen Umständen wohl kaum rentieren. Unterfinanziert bleibt unterfinanziert, und eine Konzentration auf die Zentrumsspitäler wäre aus diversen Gründen ungünstig. Nur ein Beispiel: Selbst eine grosse Intensivstation wie jene des Kinderspitals würde in den Wintermonaten zusammenbrechen, könnten Kinder nicht nach Chur oder Sankt Gallen ausgeflogen werden. Darum: Wir Grünen wollen keine chaotische Transformation, sondern eine geordnete, eine, welche die Bevölkerung

ins Zentrum stellt und nicht dem Finanzmanager applaudiert, der irgendwo noch ein Darlehen erhält. Der inszenierte Wettbewerb unter den Spitälern um die lukrativsten Behandlungen und die am privatesten Versicherten verunmöglicht, dass Spitäler konsequent kooperieren. Es ist jedoch im ureigenen Interesse von Spitälern, dass es andere funktionierende Standorte gibt. Es braucht Kooperation und Solidarität unter den Spitälern. Dafür darf man sie aber nicht um Filetstücke streiten lassen.

Um tätig zu werden, dürfte unsere Regierung ihre Politik nicht vom VZK (*Verband Zürcher Krankenhäuser*) oder anderen Interessenvertretern bestimmen lassen. Um tätig zu werden, müsste die geäußerte Position, dass es in der Verantwortung der Spitäler selbst liegt, wie sie ihre Institutionen führen, doch etwas hybrider werden. Die Spitäler wurden zu Unternehmen gemacht. Aber im Unterschied zu privaten Unternehmen erbringen Spitäler für das Funktionieren unseres Staates, für das Überleben von Menschen und für die gesamte Menschlichkeit zwingend notwendige Leistungen, Leistungen, welche die Bevölkerung über Steuern und Prämien bezahlt, Leistungen, die auf einer gesetzlichen Grundlage beruhen. Jemand muss die Spitäler immer wieder daran erinnern und jemand muss nicht nur auf die Eigenkapitalquote eines Spitals schauen, sondern die volkswirtschaftlichen Kosten im Blick haben, einen Überblick haben und staatliche Interventionen nicht scheuen.

Darum fordern wir Grüne von der Gesundheitsdirektorin einmal mehr, dass sie das Heft in die Hand nimmt. Neben den wirtschaftlichen Faktoren, die sie, wie angekündigt, kontrollieren werde, braucht es jedoch eine tiefergehende Analyse. Systemrelevant – wir wissen es aus der Pandemie (*Corona-Pandemie*) – hat wenig mit ökonomischer Ausstattung zu tun. Es hat darum auch nichts mit Eigenkapital und EBITDA-Marge (*Gewinn vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen auf Sachanlagen und Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände*) zu tun. Wir erwarten, dass die Regierung hier ihre Hausaufgaben macht. Konkret heisst dies für uns: Die Vorgaben im KVG (*Krankenversicherungsgesetz*) müssen über die unternehmerische Freiheit der Spitäler gestellt werden. Das kann heissen, den Mut zu haben, gesetzeskonforme Tarife gemäss KVG festzusetzen. Das kann auch heissen, Versorgungseinheiten, die im aktuellen System, weil sie nicht rentieren, untergehen würden, zu retten. Und «retten» ist eigentlich das falsche Wort für Leistungen, die in einem funktionierenden und wohlhabenden Staat wie der Schweiz einerseits erwartbar und andererseits von uns schon bezahlt sind.

Tina Deplazes (Die Mitte, Hinwil): Besten Dank für die ausführliche Beantwortung unserer Fragen, Frau Gesundheitsdirektorin. Gemäss der gesetzlichen Rahmenordnung des Kantons ist die Hauptaufgabe im Gesundheitswe-

sen die Versorgungssicherheit. Zur Erfüllung dieser Pflicht wurden im August 2022 ein Strukturbericht sowie Spitallisten verabschiedet. Nur knapp zwei Jahre später befinden sich zwei Spitäler in einem akuten Liquiditätsengpass. Dabei wird ein Spital finanziell unterstützt, dem anderen Spital wird das Darlehen verwehrt; dies, obwohl sich beide Spitäler auf der Spitalliste des Kantons befinden. Für uns erscheint es nach wie vor fragwürdig, dass vor rund anderthalb Jahren noch Leistungsaufträge ans GZO vergeben wurden und diese heute nicht mehr relevant sein sollten. Man befürchtet, dass die zwei Spitäler nur die Spitze des Eisbergs sind und es in den nächsten Jahren zu weiteren Liquiditätsengpässen bei anderen Zürcher Spitälern kommen wird. Wegen ungenügenden Tarifen im ambulanten und stationären Bereich sowie der politisch geforderten Steigerung der Personalkosten ist die Zukunft auch der heute finanziell stabilen Spitäler ungewiss. Die Unterstützung von Spitälern ist für die Mitte-Fraktion eine wesentliche Frage. Dazu braucht es objektive und klar nachvollziehbare Kriterien. Da viele Spitäler Verluste ausweisen und aktuell zwei Spitäler Liquiditätsschwierigkeiten haben, muss die Spitalplanung nun rasch überprüft werden.

Besten Dank an die Gesundheitsdirektion für ihre Aussage zur jährlichen Überprüfung der Spitäler. Weder als Steuer- noch als Prämienzahler können und wollen wir uns diese Verluste leisten. Dabei sollen die Effizienz, Qualität und Profitabilität der stationären Versorgung optimiert werden. Im Falle des Spitals Wetzikon ist – neben dem Missmanagement des Verwaltungsrates – schliesslich auch die Gesundheitsdirektion ihrer Verantwortung nicht nachgekommen, indem sie die Spitalliste nicht zeitgerecht mit klarer Vision für die Zukunft der Spitäler im Kanton präsentiert hat. Wir erwarten, dass sich die Regierung weiterhin für eine bedarfsgerechte, qualitativ hochstehende und wirtschaftliche Gesundheitsversorgung der Zürcher Oberländer Bevölkerung einsetzen wird. Dies bedeutet mindestens eine Grundversorgung, einen Notfall und die Zugänglichkeit für die gesamte Bevölkerung.

Als Zürcher Oberländerin bin ich gespannt, ob ein erneuter Anlauf für die verpasste Chance einer Zusammenlegung von Wetzikon und Uster in Erwägung gezogen wird. Die Ausgangslage ist doch eine andere als noch vor sechs Jahren, als das letzte Projekt gestartet wurde. So könnten Ressourcen effizienter genutzt werden und es würden sich viele Synergien ergeben. Im Falle einer Schliessung des Spitals Wetzikon sind wir stark daran interessiert zu erfahren, ob die Regierung bereit wäre, eine allfällige Strukturbereinigung der Spitalstandorte Uster und Wetzikon zu begleiten und nötigenfalls diese zu unterstützen. Besten Dank.

Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon): Ich gebe meine Interessenbindung bekannt, das sind in diesem Geschäft gerade mehrere: Ich war im Rahmen eines

Praktikumsjahres letztes Jahr auch teilweise am GZO in Wetzikon angestellt, und eine mir sehr nahestehende Person hat dort eine Stelle als Assistenzärztin in Aussicht. Gleichzeitig werde ich persönlich in rund eineinhalb Jahren als Assistenzarzt in Uster arbeiten und bin noch zusätzlich unentgeltlich am Kinderspital angestellt im Rahmen meiner Masterarbeit und habe deshalb jeweils dort die Mitarbeitenden-Information erhalten.

Zu den Ausführungen der Regierungspräsidentin von letzter Woche stellt sich mir noch eine Frage, und zwar zu Frage 4: Da haben Sie ja ausgeführt, dass das Gesuch der GZO AG nicht mit dem Kanton Sankt Gallen abgesprochen wurde, wegen der Vertraulichkeit. Wurde denn inzwischen mit dem Kanton Sankt Gallen und den anderen Kantonen Kontakt aufgenommen, sobald der Regierungsratsbeschluss öffentlich war?

Zuhanden des Sprechers der SVP (*Lorenz Habicher*) von letzter Woche kann ich Ihnen sagen, dass das GZO für das Oberland und für mich als gebürtiger Wetziker natürlich sehr wichtig ist. Die Gesundheitsversorgung muss eine Staatsaufgabe sein. An den Sprecher der SVP: Im GZO sind indirekt und direkt rund 2000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Das sind im Vergleich etwa 500 Stellen mehr also bei der Flughafen Zürich AG. Deshalb haben wir, glaube ich, sehr wohl eine Krise im Oberland. Die Unsicherheit bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist sehr gross und spürbar.

Und dann noch zur FDP-Sprecherin (*Raffaella Fehr*): Die Gesundheitsversorgung ist systemrelevant. Grundsätzlicher Wettbewerb ist da meiner Meinung nach fehl am Platz. Und man kann sich nicht aussuchen, wann man krank wird oder nicht – Punkt. Herzlichen Dank.

Reto Agosti (FDP, Küssnacht): Bezüglich Interessenbindung: Ich bin Inhaber einer Praxis, aber nicht eines Spitals.

Beim Votum von Markus Schaaf ist etwas Hoffnung aufgekommen, denn er hat erwähnt, dass auf der Kostenseite 70 Prozent Personalkosten anfallen, 20 Prozent laufende Betriebskosten und – man höre und staune – 10 Prozent Investitionen. Aber ein paar Sätze ist später dann der Widerspruch – beziehungsweise ich kann es wahrscheinlich als gewollte Naivität bezeichnen –, die Tarife müssten die Kosten abbilden. So kommen wir nicht vom Fleck. TARMED (*Tarifstruktur für ärztliche Leistungen*), vielleicht mal TARDOC (*ambulanter Tarif für medizinische Leistungen*), den Fallpauschalen und anderen Tarifen fehlen ebendiese 10 Prozent Investitionsmöglichkeiten, wenn nur die Kosten abgebildet werden.

Ronald Alder (GLP, Ottenbach): Meine Interessenbindung: Ich bin Mitarbeiter des vorhin erwähnten Verbandes der Zürcher Krankenhäuser.

Die Zürcher Bevölkerung profitiert von einer ausgezeichneten Gesundheitsversorgung, die dank dem grossen Einsatz aller Mitarbeitenden im Gesundheitswesen erbracht wird. Sie ist von hoher Qualität und gut zugänglich. Dank dieser Versorgung wird auch der Wirtschaftsstandort Zürich gestärkt, da sie zur Leistungsfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung beiträgt. Sie bildet also das Rückgrat für die hohe Lebensqualität und wirtschaftliche Stärke. Und wenn es eng wird, dann verlassen sich die anderen Kantone auf den Kanton Zürich bei der Aufnahme von erkrankten Personen, wie die Covid-Krise gezeigt hat.

Die nun besprochene Finanzmisere ist keine Überraschung. Seit vielen Jahren ist bekannt, dass die Kosten in den Spitälern nicht gedeckt sind. Der Kostendeckungsgrad beträgt 92 Prozent im stationären, 84 Prozent im ambulanten Bereich. Von Investitionsmöglichkeit kann hier also nicht gesprochen werden, wie vorhin erwähnt. Daran schuld ist nicht das Abgeltungssystem, wie zum Beispiel die Fallpauschalen, sondern der grosse Spardruck, ausgelöst vom Bundesrat, vom nationalen Parlament und von den Krankenkassen. Sie betrieben und betreiben Gesundheitspolitik mit einem reinen Kosten-Röhrenblick. Sämtliche Vorstösse und Gesetzesänderungen des KVG haben sich in den letzten Jahren um das Thema «Kosten» gedreht. Dabei haben sie ganz vergessen, dass die Aufgabe der Gesundheitspolitik eigentlich ist, den medizinischen Bedarf der Bevölkerung, der in Zukunft infolge der immer älter werdenden Bevölkerung zunehmen wird, zu decken. Dazu gehört auch, den medizinischen Fortschritt allen zugänglich zu machen. Wenn dem nicht so ist, dann ist die Zweiklassenmedizin vorprogrammiert, die übrigens bei einer Annahme der Kostenbremse-Initiative konkret droht (*Volksabstimmung am 9. Juni 2024*). Die Situation hat sich in den letzten Jahren weiter verschlechtert, weil die Ausgaben infolge Teuerung steigen, die Einnahmen aber wegen der Tarifdrückerei nicht; wir haben es bereits gehört. Und wir haben auch gehört, dass der Spardruck insbesondere die Mitarbeitenden trifft, weil die Personalkosten 70 Prozent der Gesamtkosten ausmachen.

Damit unser Gesundheitswesen die Leistungsfähigkeit aufrechterhalten kann, muss nicht mehr geredet, sondern gehandelt werden. Die Lösungen liegen auf dem Tisch. Sie müssen endlich umgesetzt werden, nachdem Bundesrat und nationales Parlament in den letzten zehn Jahren versagt haben. Wir brauchen kostendeckende Tarife und die Verlagerung von stationär zu ambulant und damit die einheitliche Finanzierung von ambulant und stationär. Leider haben das die Gewerkschaften, die das Referendum dazu ergriffen haben, noch nicht begriffen.

Und bei der Digitalisierung – der Schiffbruch EPD (*Elektronisches Patientendossier*) lässt grüssen – brauchen wir einen Innovationsschub. Da reicht es nicht, wenn das Bundesparlament sich selber auf die Schultern klopft und

einen 400-Millionen-Kredit bewilligt, der das BAG (*Bundesamt für Gesundheit*) digitalisieren soll. Und wir brauchen weniger Bürokratie und weniger Regulierung. Das Gesundheitswesen wird in der Administration buchstäblich erstickt.

Und nun die neusten Vorstösse in diesem Parlament: ein Spitalverbund à la ZVV, die Verstaatlichung des Kinderspitals. Sind Sie denn von Sinnen, um es mit den Worten von Hannah Pfalzgraf zu sagen? Noch mehr Regulierung? Es müsste Ihnen doch allen klar sein, dass es jetzt nicht Zeit ist für zusätzliche Sandkastenspiele. Es muss endlich gehandelt werden bei den Tarifen, bei der Digitalisierung und bei der Reduktion – ich wiederhole: der Reduktion – der Regulierung.

Daniel Wäfler (SVP, Gossau): Meine Interessenbindung: Ich bin im GZO-Spital Wetzikon geboren, meine Kinder sind auch dort geboren. Und ja, mit der Familie, mit Angehörigen haben wir doch viel Zeit dort verbracht und waren immer sehr froh, dort gute medizinische Leistungen beziehen zu können.

Ich möchte mich bedanken, dass wir diese Diskussion hier führen können, denn diese Diskussion ist wichtig, da in der Bevölkerung doch sehr grosse Verunsicherung herrscht, wenn ein solcher Eckstein in unserem System im Bezirk Hinwil einfach wegzubrechen droht. Ich möchte auch hier appellieren, dass eine Lösung gefunden wird. Man muss sich bewegen, es kann nicht so weitergehen. Aber diesen Bau stehen zu lassen oder allenfalls grounden zu lassen, wäre eine Katastrophe. Und hier gibt es sicher Lösungen mit Uster oder sonstige Ansätze, die zu verfolgen sind. Denn die Verunsicherung auch bei den Pflegeberufen, wenn solche Stellenverluste drohen oder solche Institutionen wegzufallen drohen, das verursacht sicher bleibende Schäden, die nachher schwieriger aufzufangen sind, als wenn wir jetzt eben investieren und Lösungen finden, ohne dann später mit grossem Aufwand das Zerstörte wieder aufzubauen. Also das möchte ich der Regierung und auch den Betroffenen mitgeben, auch wirklich im Sinne des Wachstums. Wir werden nicht weniger Leute haben, wir werden ältere Leute haben. Dann können wir nicht die Distanzen vergrössern und Betten abbauen und so weiter, in zehn Jahren bereuen wir das dann. Danke vielmals.

Brigitte Rösli (SP, Illnau-Effretikon) spricht zum zweiten Mal: Für die Umgebung Wetzikon ist die Situation, wie sie heute ist, wirklich desaströs. Die Menschen, die Pflegenden, auch alle anderen Mitarbeitenden in Wetzikon sind verunsichert. Sie wissen nicht, wie es dort weitergeht. Aber auch für die Patientinnen und Patienten und die Angehörigen ist es schwierig. Ich habe diese Woche ein Mail bekommen, ein Mail von einer Einwohnerin in der

Region Wetzikon, die sich wirklich Sorgen macht, weil sie nicht weiss, wie es weitergehen soll. Ihr Mann hatte einen Schlaganfall und er braucht Ergotherapie und Logopädie. Und wenn schon allenfalls das Spital geschlossen werden müsste, was wir ja nicht hoffen, dann müsste die Grundversorgung wirklich sichergestellt werden und bleiben, damit die Menschen in Wetzikon einen sicheren Zugang haben zur Notfallversorgung, zur Grundversorgung und vor allem eben auch zu Therapien. Und von dem her Danke noch an Daniel Wäfler, dass Sie vorhin so positiv ans Personal gedacht haben, dass wir uns hier einig sind, dass wir jetzt Sorge tragen müssen zum Personal. Danke.

Raffaela Fehr (FDP, Volketswil) spricht zum zweiten Mal: Besten Dank. Ich möchte noch kurz auf die Äusserung von Renata Grünenfelder reagieren: Wir haben nicht dem Personal die Schuld gegeben. Wir stehen auch für verbesserte Arbeitsbedingungen. Wir stehen für finanzierbare Verbesserungen, und diese sehen wir in der Ambulantisierung, weil da die Schichten wegfallen und viele weitere Situationen, die schwieriger zu handhaben sind.

Und einfach im Allgemeinen zu den Voten, die gefallen sind: Wenn jetzt über den Markt geschimpft wird, dann schimpft man über einen verzerrten Markt, und zwar über einen Markt, der von Spitälern geprägt ist, die auf eine Staatsgarantie zurückgreifen können, oder der von Spitälern geprägt ist, welche durch kommunale Gelder sehr stark mitfinanziert werden, also durch Steuergelder. Und wenn man darüber schimpfen möchte, dann müsste man vielleicht bei den Regulierungen abbauen, bevor man sagen kann, der Markt habe versagt.

Und einfach, wenn man jetzt die Rekantonalisierung fordert, dann möchte ich Sie bitten: Lesen Sie doch die Vorlagen aus dem Jahr 2005 (*Vorlage 4041*) und auch aus dem Jahr 2017 (*Vorlage 5198*) als dann die Immobilien noch übertragen wurden. Legen Sie sich doch diese einmal zu, es hat viele interessante Informationen drin, die auch darüber Aufschluss geben, wie wir da hingekommen, wo wir stehen.

Ganz allgemein: Die FDP geht damit einig, wir sind der Meinung, dass die Planung durchaus überdacht werden darf. Man kann sich beispielsweise an drei Gruppen orientieren, den multimorbiden Patienten, den sozial schwachen Patienten und den kostenintensiven Patienten. Und den Rest könnte man in unserer kleinräumigen Schweiz den Leistungserbringern in den Regionen überlassen. Auch das würde deutlich zu einem Abbau der administrativen Aufgaben führen. Ich glaube, wir haben Handlungsbereiche. Bei einigen sind wir auf Bern angewiesen, aber wir haben auch Möglichkeiten im Kanton. Nutzen wir sie für eine gute Gesundheitsversorgung im Kanton Zürich. Besten Dank.

Ratspräsident Jürg Sulser: Damit möchte ich noch unsere Gesundheitsdirektorin, Regierungspräsidentin Natalie Rickli, bei uns recht herzlich begrüssen. Sie wünscht das Wort nicht mehr.

Die Interpellantin hat ihre Erklärung zur Antwort des Regierungsrates abgegeben. Mit der Diskussion im Rat ist das Geschäft erledigt.

7. Sozialhilfegesetz: Entschlackung durch Streichung der Pflicht zum Wechsel der Krankenkasse

Parlamentarische Initiative Jeannette Büsser (Grüne, Horgen), Alan David Sangines (SP, Zürich), Nicole Wyss (AL, Zürich) vom 22. Januar 2024

KR-Nr. 28/2024

Jeannette Büsser (Grüne, Horgen): Die Totalrevision des Sozialhilfegesetzes wurde ja abgesagt. Dennoch gibt es Dinge, die wir korrigieren können, die wir korrigieren sollten. Wir wollen für einmal nicht mehr Paragraphen, sondern weniger. Sie werden sich erinnern, im Zusammenhang mit der Inkraftsetzung des neuen EG KVG (*Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz*) wurde auch das Sozialhilfegesetz angepasst. Ab dem 1. April 2020 sind Sozialhilfebeziehende gehalten, eine günstige Krankenversicherung abzuschliessen. Sie werden dabei von den Sozialhilfeorganen unterstützt. Verweigern sie den Wechsel in eine günstige Versicherung beziehungsweise in ein Versicherungsmodell mit günstiger Prämie, wird die Differenz zwischen der effektiven Prämie und der günstigen Prämie im Sinne einer Sanktion vom Grundbedarf für den Lebensunterhalt abgezogen. Die Gesundheitsdirektion (*GD*) stellt den Sozialhilfeorganen pro Prämienregion eine Vollzugshilfe zur Verfügung, auf welcher die aktuell unter den Titel «günstige Prämie» fallenden Versicherungsmodelle pro Versicherung aufgeführt sind. Schon in der Vernehmlassung zur Einführung dieses Vorhabens hat sich die Sozialkonferenz (*SoKo*) gegen diesen Paragraphen 15 ausgesprochen, mit Begründungen, welche damals nur befürchtet wurden, heute jedoch Realität sind. Astrid Furrer mag sich vielleicht daran erinnern, da sie Teil der SoKo war.

In der Praxis sieht dies so aus: In der kurzen Zeitspanne nach Veröffentlichung der Liste mit den günstigen Krankenkassen bis zum Ablauf der Möglichkeit zu einem Wechsel sind sehr viele Mitarbeitende auf allen Gemeinden während einigen Wochen damit beschäftigt, Gespräche zu führen, Auflagen, sprich Druck, zu machen. Schlussendlich muss der Vertragswechsel vom Versicherungsnehmer, von der Versicherungsnehmerin unterzeichnet

werden, auch wenn er oder sie die Prämien nicht mehr direkt selbst bezahlt. Während dem ganzen Jahr sind dann die Fehlsendungen und Irrungen zu korrigieren, um dann – klassisch Sisyphus – spätestens im Herbst bereit zu sein für den neuen Durchlauf. Verwaltungsaufwand wird aber nicht nur in den 162 Gemeinden generiert. 1 Million Krankenkassenwechsel – so viele waren es im Jahr 2022 – schaffen auch bei den Kassen Kosten. Diese bezahlen wir über die Prämien wieder ein, und somit dreht sich die Preisspirale weiter in eine Richtung.

Ich zitiere nun aus dem Brief vom 10. September 2015 der Sozialkonferenz an die Gesundheitsdirektion. Die SoKo ist die Dachorganisation aller für das Sozialwesen zuständigen Behörden der Zürcher Gemeinden. Sie schreibt 2015 Folgendes an die GD: «Die Sozialkonferenz lehnt die neuen Bestimmungen im neu vorgeschlagenen Paragrafen 15 ab. Dass für die Sozialhilfebeziehenden andere Kriterien gelten sollen als bei den übrigen Einwohnerinnen und Einwohnern ist nicht nachvollziehbar. Dass allein der Sozialhilfebezug zu einer massiven Einschränkung der freien Krankenkassenwahl auf einige wenige Versicherer führt, ist aus Sicht der Sozialkonferenz rechtlich nicht zulässig. Wenn der Gesetzgeber die freie Krankenkassenwahl für gewisse Personengruppen einschränken will, hat er dies nach Auffassung der Sozialkonferenz über das KVG zu regeln. Laut Artikel 4 KVG ist für alle Personen, die in der Schweiz ihren Wohnsitz haben, die freie Krankenkassenwahl gesichert. Den Wechsel über das kantonale Sozialhilfegesetz in eine günstigere Krankenkasse zu erzwingen, steht dem grundsätzlichen Recht der freien Kassenwahl entgegen. Die Beschränkung der Versicherungswahl auf die Billigkassen würden dem Ausbau der Zweiklassenmedizin weiteren Vorschub leisten. Schliesslich haben billig Krankenkassen erfahrungsgemäss und wie sie dies selbst deklarieren, einen schlechten Kundenservice, mit welchem sie schlechte Risiken abhalten. Der Verkehr mit diesen Kassen ist für die Gemeinden, die teilweise die Stelle der Versicherten einnehmen, umständlich und sehr zeitaufwendig.»

Ja, so ist es nun heute, umständlich und sehr zeitaufwendig und darum auch sehr teuer. Zusammengefasst: Die aktuelle Situation verursacht Kosten bei den Gemeinden, insbesondere Personalkosten; beim kantonalen Sozialamt, weil dieses die ganzen Abrechnungen der Gemeinden überprüft und die Revision in den Gemeinden diesbezüglich auch vornimmt; bei den Versicherungen, und zwar unabhängig davon, ob sie einen Zugang oder Abgänge zu verzeichnen haben; bei den Sozialhilfebeziehenden, weil sie wegen ein paar Monaten – dazu muss man sagen, dass 30 Prozent der Sozialhilfebeziehenden weniger als ein Jahr in der Sozialhilfe sind – die Kasse wechseln müssen in eine billig Kasse. Das sind die Punkte.

Mit der Überweisung dieser PI geben Sie der Kommission die Möglichkeit nachzubessern. Vielen Dank für die Unterstützung.

Linda Camenisch (FDP, Wallisellen): Alle Jahre wieder: Sobald die neuen Krankenkassenprämien bekanntgemacht werden und viele erneut geschockt sind, wird sofort beschwichtigend an die Bevölkerung appelliert. Jeder und jede habe es selber in der Hand und solle überprüfen, ob ein Kassenwechsel eventuell sinnvoll ist und dadurch die zunehmende finanzielle Belastung etwas abgemildert werden kann. Auch die Franchise solle jährlich auf die Belastbarkeit des individuellen Haushaltbudgets überprüft werden. Zudem werden jährlich alternative Grundversicherungsmodelle propagiert und bekanntgemacht. Auf vielfältige Weise werden die verschiedenen Optionen aufgezeigt, um bei der Prämie sparen zu können.

Ausgerechnet bei den von der Sozialhilfe unterstützten Personen soll diese Überprüfung wegfallen, also bei derjenigen Personengruppe, die IPV, also Individuelle Prämienverbilligungen, zugesprochen bekommt. Der Aufwand für die Sozialabteilungen wird ins Spiel gebracht. Mit den heutzutage zur Verfügung stehenden Tools ist dieser Aufwand unseres Erachtens sowohl verhältnismässig wie auch zumutbar. Und übrigens auch bei den Personen, die Ergänzungsleistung beziehen, wird explizit höchstens der Betrag der regionalen Durchschnittsprämie übernommen. Die FDP lehnt die PI ab. Danke.

Claudia Hollenstein (GLP, Stäfa): Verwaltungsaufwand reduzieren ist eine tolle, ganz tolle und aus finanzieller Sicht kluge Sache. Oft genug ermöglichen wir hier drin genau das Gegenteil: mehr Verwaltungsaufwand, gleicher oder höherer finanzieller Aufwand. Hinter Verwaltungsaufwand und Geldausgaben stehen jedoch immer wichtige Themen, Meinungen, Haltungswechsel und Grundsatzentscheide der Politik – unserer Politik. In diesem Fall entscheiden wir, was andere – in diesem Falle die Gemeinden – tun können oder müssen.

Wenn ich Sozialhilfe beziehe und in einer teuren Krankenkasse versichert bin, so soll ich in eine günstigere Krankenkasse wechseln müssen. Die vorliegende PI verlangt das zu ändern. Das Argumentarium dafür lautet: Der aktuell hohe administrative Aufwand der Sozialabteilungen in den Gemeinden ist zu minimieren. Die Einsparungen durch die Krankenkassenwechsel seien in einem Ungleichgewicht, der bürokratische Aufwand dafür erheblich.

Aus unserer Sicht soll eine Regelung gefunden werden, die mit Augenmass gefällt wird. Auch erachten wir es als wesentlich, die Krankenkassen in dieser Diskussion nicht ausser Acht zu lassen. Sie profitieren davon, wenn alle

jeden Monat schön brav und möglichst viel Geld einzahlen. Auch kann nicht sein, dass die einen Menschen anders behandelt werden als die anderen. Zudem stellt sich uns die Frage, weshalb jedes Jahr die Prämie geprüft werden soll. Da könnte eine Anpassung auf zum Beispiel alle drei Jahre durchaus auch eine Entlastung für geplagte Sozialdienste der Gemeinden bringen. Ob richtig oder falsch, ob wichtig oder nichtig, die GLP unterstützt die PI vorläufig und gibt der näheren Beurteilung zu dieser Thematik eine Chance.

Alan David Sangines (SP, Zürich): Aus Gründen der Ratseffizienz verzichte ich darauf, hier ausführlich zu begründen, nachdem Jeanette Büsser die parlamentarische Initiative schon exzellent mit allen wichtigen Punkten begründet hat, und möchte eigentlich nur noch kurz auf die Argumente der FDP, von Frau Camenisch eingehen. Und zwar möchte ich mit einer Empfehlung beginnen, unsere parlamentarische Initiative genau zu lesen. Sie haben vorhin gesagt, wir möchten, dass die Gemeinden nicht mehr überprüfen können, ob es eine günstigere Krankenkasse gibt. Davon ist keine Rede. Im Moment steht im Gesetz ganz antiliberal «verpflichtet». Die Gemeinde ist verpflichtet, den Krankenkassenwechsel durchzuführen. Aber was wir wollen, ist, dass die Gemeinden selber entscheiden können. Lohnt es sich für uns – Aufwand/Ertrag – oder lohnt es sich für uns dieses Jahr nicht? Das heisst, wenn Sie sagen, wir wollten, dass die Überprüfung wegfällt, stimmt das nicht. Wir wollen ja gerade, dass die Gemeinden die Möglichkeiten erhalten zu überprüfen und nicht mehr verpflichtet sind. Denn wie Sie auch einleitend gesagt haben, Frau Camenisch: Jedes Jahr, wenn die Krankenkasse erhöht wird, dann heisst es, jede und jeder habe es selber in der Hand zu wechseln. Und genau das ist hier eben nicht der Fall mit der aktuellen gesetzlichen Regelung. Denn die Gemeinden müssen das machen, und zwar, wie Sie das richtig gesagt haben: Wenn der Betrag der regionalen Durchschnittsprämie 1 Franken tiefer ist, dann gilt eine Krankenkasse als günstig. Das ist die Vollzugshilfe der Gesundheitsdirektion. Und jetzt muss man sich mal anschauen, was das bedeutet. Das heisst: Wenn wir die regionale Durchschnittsprämie anschauen in der Region 1, also in der Stadt, haben wir 591 Franken. Wenn nun jemand bei der KPT (*Krankenversicherung*) – ich hoffe, ich darf die Namen öffentlich sagen – versichert ist, dann kostet das 593 Franken. Das heisst, die Sozialhilfebehörde ist verpflichtet, alle, die bei der KPT sind, zum Wechsel anzuhalten, mit dem ganzen Verwaltungsaufwand dahinter, weil die Prämie 2 Franken höher ist als die regionalen Durchschnittsprämien. Wir sprechen also davon, wenn man es aufs Jahr hochrechnet, dass man 24 Franken einspart, wenn man zu den regionalen Durchschnittsprämien kommt, und hat dafür den Sozialdienst beschäftigt, die Krankenversicherung beschäftigt und so weiter. Und die Rechnung kann man weiterführen, wenn

man in der Agglomeration ist. Vielleicht sind dort für die einen oder anderen die Zahlen etwas naheliegender. Dort ist die regionale Durchschnittsprämie dieses Jahr 537 Franken gewesen. Das heisst, wenn man bei der Helsana (*Krankenversicherung*) für 544 Franken versichert ist, dann gibt es eine Differenz von 7 Franken. Also würden alle Sozialhilfeempfängenden mit der Unterstützung der Sozialhilfebehörde, die das meiste dann auch selber macht, wegen 7 Franken Einsparung, aufs Jahr also 84 Franken, dazu angehalten, alle Wechsel durchzuführen. Das heisst, es hat überhaupt nichts mehr mit der Gemeindeautonomie zu tun. Es verpflichtet die Gemeinden zu einem Riesenverwaltungsaufwand für eine Einsparung von ein paar Franken. Und dann gibt es noch ein Riesenflussdiagramm der Gesundheitsdirektion und der Sicherheitsdirektion. Darin steht, wann es, wenn jemand eine teurere Krankenkasse hat, noch zumutbar und angemessen ist. Man muss schauen, wie das Vertrauensverhältnis zur Ärzteschaft ist. Ist das zum Beispiel abgedeckt bei der anderen Krankenkasse? Man muss sagen: Telemedizinmodelle für Menschen mit sprachlichen Schwierigkeiten wären nicht zumutbar. Das heisst: Sogar dort, wo man verpflichtet ist, muss man überall noch schauen, ob es angemessen und zumutbar ist. Wenn man das sorgfältig macht, dann haben wir wirklich ein Bürokratiemonster. Und gerade Ihre Seite, die dauernd für Entschlackung und Abbau der Bürokratie ist, will den Gemeinden vorschreiben, wegen ein paar Franken Einsparungen massiven Verwaltungsaufwand sowohl bei den Krankenversicherungen wie auch bei den Gemeinden zu betreiben.

Wir wollen nichts anderes, als dass die Gemeinde selber entscheiden kann: «Okay, der Verwaltungsaufwand bei uns wäre ein paar hundert Franken oder ein paar tausend Franken und wir würden bei uns vielleicht gleich auch ein paar tausend Franken einsparen, also ziehen wir es durch.» Und andere Gemeinden sagen: «Das Verhältnis ist absolut unverhältnismässig, wenn wir die Krankenversicherungen bei allen wechseln. Denn wir legen nur drauf mit diesen jährlichen Wechseln.» Das heisst, die Gemeinden sollen das selber entscheiden können, und deshalb sind wir froh, wenn Sie die parlamentarische Initiative überweisen und wir in der Kommission dann gemeinsam dafür schauen können, dass Ihre Sorge, die Sie geäussert haben, dass die Überprüfung wegfällt, unbegründet ist, dass sie so bleibt. Das wollen wir auch, aber es soll freiwillig sein und kein Zwang für die Gemeinden. Besten Dank.

Nicole Wyss (AL, Zürich): Schauen wir einer Tatsache ins Auge: Wer in die Sozialhilfe rutscht, war davor schon nicht auf Rosen gebettet und wird nicht bei einer der teuersten Krankenkassen versichert sein. Uns geht es mit diesem Vorstoss darum, das Kosten-Nutzen-Verhältnis zu verbessern, wir haben es bereits gehört. Der Arbeitsaufwand der Gemeinden steht in einem

Ungleichgewicht zu den effektiven Einsparungen bei den Prämienübernahmen. Zahlen dazu haben wir soeben von Alan Sangines gehört. Dass die Krankenkassen in jedem Herbst flott gewechselt werden, obwohl dies mit Aufwand und gewissen Unsicherheiten verbunden ist, zeigt eigentlich schon, wie unsinnig, arbeitsintensiv und vertrackt unser System ist. Denn jedes Jahr ist eine andere Krankenkasse die günstigste. Eigentlich müsste dieser ganzen Wechslerei ein Riegel geschoben werden. So könnten auch viele Arbeitsstunden bei den Krankenkassen eingespart werden. Und die immer intensiver werdende Werberei um neue Mitglieder, die von Herbst zu Herbst augenfälliger wird, wäre ebenfalls hinfällig; aber dies ist ein anderes Kapitel. In Paragraph 15a des Sozialhilfegesetzes sind die Sozialhilfeorgane verpflichtet, die Sozialhilfebeziehenden zu einem Wechsel anzuhalten und gegebenenfalls bei einem Wechsel zu unterstützen. Eingeführt wurde dieser Artikel, weil man sparen wollte. Bedenkt man nun aber, was das in der Umsetzung bedeutet, wie viele Arbeitsstunden der Sozialarbeitenden für diese jährlichen Wechsel verwendet werden müssen, so kann von Sparen keine Rede sein. Die Sozialkonferenz des Kantons Zürich hat schon 2015 während der Beratung des EG KVG dahingehende Äusserungen von sich gegeben, dass die Umsetzung des besagten Paragraphen mit grossem Mehraufwand verbunden sei. Mit der Streichung dieser Verpflichtung müsste zwar etwas mehr Geld aus dem IPV-Topf aufgewendet werden, dafür würde aber aufseiten Gemeinden ein grosser administrativer Aufwand eingespart und die Sozialarbeitenden hätten mehr Zeit für dringlichere Anliegen ihrer Klientinnen und Klienten; etwas mehr aus dem IPV-Topf, man könnte aber auch sagen: Wenn die 92 Prozent Kantonsanteil ausgeschöpft würden oder wir den Kantonsanteil endlich auf die von uns geforderten 100 Prozent erhöhen würden, dann bekäme nach wie vor niemand weniger.

Neben dem Kosten-Nutzen-Verhältnis sieht die Alternative Liste im besagten Paragraphen ein weiteres Problem: Im KVG ist verankert, dass versicherungspflichtige Personen unter den Krankenversicherern frei wählen können. Das Sozialhilfegesetz schränkt nun diese freie Wahl für eine gewisse Personengruppe ein, für Sozialhilfebeziehende gelten andere Spielregeln als für alle anderen.

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, diese parlamentarische Initiative zu unterstützen, sodass wir sie in der Kommission überarbeiten können. Besten Dank.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Wir fangen also von vorne an und ich möchte Linda Camenisch in ihrem Votum unterstützen. Alan Sangines hat eigentlich klar gesagt, er will die Überprüfung und die muss auch stattfinden.

Es ist also so, dass die Sozialhilfe nicht darum herumkommt, die entsprechenden Abklärungen zu machen, und man hat ja darum auch diese Guidelines, wie es vonstattengehen kann, damit die entsprechende günstigste Krankenkasse, sofern dies möglich und zumutbar ist, gewählt wird. Sie sehen also, wir haben hier ein Konstrukt, das nicht nur von den Krankenkassenprämien und den Regionen abhängig ist, sondern auch von der Sozialhilfe.

Erhalten die sozialhilfebeziehenden Personen keine individuelle Prämienverbilligung, so ist dies durch die Personen selber oder durch das zuständige Sozialhilfeorgan zu veranlassen. Es ist nicht zulässig, bei den Sozialhilfebeziehenden auf das Geltend-Machen der IPV zu verzichten und die ganze Krankenkassenprämie zulasten des Kantons abzurechnen. Und hier sehen Sie also: Die Gemeinden rechnen die Differenz aus zu dieser Prämie, zu dieser günstigsten Prämie der Region. Insofern ist es auch klar, dass bei der Sozialhilfe die Arbeit so oder so anfällt. Ob Sie jetzt diese PI unterstützen oder nicht, das wird nichts ändern. Die Arbeit muss gemacht werden, weil die Krankenversicherungsprämie keine Sozialhilfe darstellt, aber die Prämien, der durch die Prämienverbilligung nicht gedeckter Teil, bei der Berechnung der materiellen Grundsicherung und damit in der Prüfung, ob eine Person bedürftig ist und einen Anspruch auf wirtschaftliche Hilfe hat, zu berücksichtigen ist. Sie sehen also, das Ganze ist nicht so einfach, wie Sie das darstellen. Man kann nicht einfach schnell mal drei Absätze oder Paragraphen aus dem Gesetz streichen und damit ist es getan.

Ich staune hier natürlich wieder einmal über die GLP, die beim EG KVG noch eine ganz andere Sprache gesprochen hat und heute hier sagt «wir wollen es überprüfen und wir wollen den administrativen Aufwand in der Kommission betreiben». Sie verhelfen hier wieder Linksgrün zu einer Mehrheit oder zum nötigen Quorum von 60 Stimmen, und das ist eigentlich schlechte Politik. Wenn Sie etwas besprechen wollen, dann müssen Sie nicht jedes Mal eine parlamentarische Initiative der Grünen unterstützen, um es besprechen zu können, Sie können es auch anders machen. Ich bitte Sie, die parlamentarische Initiative nicht zu unterstützen.

Brigitte Rösli (SP, Illnau-Effretikon): Ich muss jetzt doch noch etwas sagen, Herr Habicher: Die Arbeit muss so oder so gemacht werden? Haben Sie eine Ahnung? Nein. Also wenn ich den Mitarbeitenden im Sozialdienst zuhöre, dann ist es ganz klar eine Mehrarbeit, die hier geleistet werden muss, weil nachgefasst werden muss. Und deshalb geht es so nicht. Und es ist eine gute Politik, dies abzulehnen. Danke.

Josef Widler (Die Mitte, Zürich): Das Wechseln der Krankenkassen verursacht grosse Kosten, selbst bei den Krankenkassen. Und es ist unglaublich, wie viele Prämienzahlende die Kasse wechseln, was zur Folge hat, dass die billigste Krankenkasse das nächste Jahr eben nur noch die zweitbilligste ist. Es ist immer ein Problem, wenn Sparen mehr kostet, als man einspart, und in diesem Fall ist es eben so. Man muss sich überlegen – und das kann man dann, wenn es in der Kommission ist –, ob man eine Grenze festlegt, indem man sagt, die Kasse dürfe höchstens so und so viele Franken teurer sein als die günstigste. Und ich kann Ihnen versichern: Wenn man das machen würde, hätten wir weniger Wechsel und hätten geringere Kosten bei unseren Sozialdiensten. Ich bitte Sie deshalb, diese PI zu unterstützen.

Linda Camenisch (FDP, Wallisellen) spricht zum zweiten Mal: Nur noch eine kurze Replik auf Alan Sangines und auf Brigitte Rööfli, und ja, ich habe eine Ahnung. Ich war sehr, sehr lange Sozialvorsteherin und es geht darum: Die Überprüfung muss gemacht werden. Aber nachher ist es wirklich im Ermessen der Sozialabteilungen, ob man diesen Wechsel vornimmt oder nicht. Wegen 1 Franken wird sicher niemand gezwungen, die Krankenkasse zu wechseln. Die Sozialabteilungen können das nämlich nachher selber intern über die Grundunterstützung abwickeln, wie sie das zum Beispiel auch in anderen Bereichen tun können. Sie können sogar für ihre Klienten im Bereich von individuellen Leistungen eine Zusatzversicherung weiter bewilligen und bezahlen. Ich denke, bei jedem Fall, bei jedem Klienten muss man wirklich auf das individuelle Bedürfnis abstützen. Was macht Sinn und was macht keinen Sinn? Aber einfach hier das Ganze zu kippen und einfach zu sagen «nein, das ist aussen vor», das ist einfach nicht so im System angedacht. Und dieses System, das wollten auch Sie mit der Einführung der obligatorischen Krankenversicherung. Und ich sehe nicht ein, wieso man hier für eine bestimmte Personengruppe wieder einen Riesenaufwand, eine Gesetzesänderung machen soll. Dann richten wir uns doch einfach darauf aus, wie man die Leute, die Ergänzungsleistungen beziehen, unterstützt. Und dann kann man sich ja vielleicht einfach darauf einigen, dass es auch hier eine regionale Durchschnittsprämie sein soll, die den Ansatz bestimmen soll. Danke.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte auch nur auf Brigitte Rööfli replizieren, die mir vorgeworfen hat, dass ich keine Ahnung habe. Ich möchte einfach anfügen, dass ich gleich wie Sie in der Sozialbehörde tätig bin. Insofern ist es nicht so, dass wir keine Ahnung haben in der Stadt Zürich, nur weil wir vielleicht professionalisierte Sozialdienste haben und wir von der Sozialbehörde eine Oberaufsicht über diese Dienste

haben. Also es ist schwierig, hier drinnen zu diskutieren, wenn einem von der Gegenseite vorgeworfen wird, «Sie haben eh keine Ahnung, wie gross der Aufwand ist, den wir betreiben». Ich kann Ihnen ganz klar sagen: In den Geschäftsberichten der Sozialhilfe oder des Sozialen Dienstes der Stadt Zürich können Sie den Aufwand nachlesen. Wir haben alle Zahlen erhoben. Und weil es professionalisiert ist, können wir auch genau sagen, wo es Sinn macht und wo nicht. Darum ist eine Gesetzesänderung in dieser Hinsicht nicht nötig, denn wir können das Problem lösen und wir haben es unter Kontrolle. Und hier drin habe ich nicht gehört, dass niemand überprüfen will. Also wenn Sie die Überprüfung schon machen, dann ist der grösste Teil der ganzen Arbeit geleistet. Dann müssen Sie sich jetzt nicht dagegen wehren, dass danach im Ermessen der Behörde entweder dieser Krankenkassenwechsel an die Hand genommen wird oder nicht. Es gibt einen Ermessensspielraum, den kann man ausnutzen. Und so ist eigentlich die Formulierung im heutigen Gesetz stimmig mit dem ganzen Umfeld und wir sollten sie nicht ändern.

Alan David Sangines (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Mir liegt es natürlich fern zu sagen, dass Sie keine Ahnung haben, das habe ich so nicht gesagt. Nur ist es für mich einfach sehr merkwürdig, wenn Sie als Sozialbehörde-Mitglied sagen, es sei schon jetzt immer im Ermessen der Sozialhilfe. Das haben wir auch von Frau Camenisch gehört. Ich zitiere aus dem Gesetz, in Paragraf 15a Absatz 2 steht: «Sobald ein Wechsel zu einer günstigeren Versicherung möglich und zumutbar ist, sind die Sozialhilfeorgane verpflichtet»; da steht nichts von Ermessen, nichts von «man kann selber entscheiden», sie sind verpflichtet. Und wie wir auf diesen 1 Franken kommen? Es gibt vom kantonalen Sozialamt das Handbuch, das sagt, wann man da vorgehen muss. Und dort heisst es, ich zitiere: «Als günstig gilt eine Krankenversicherungsprämie gemäss Vollzugshilfe der Gesundheitsdirektion, wenn sie bei einer Franchise von 300 Franken den Betrag der regionalen Durchschnittsprämie unterschreitet, Faustregel: regionale Durchschnittsprämie minus 1 Franken.» Also diese Beträge habe ich mir nicht selber aus den Fingern gesogen und deshalb bin ich einfach sehr überrascht, dass Sie sagen. «ja, wenn wir hier etwas machen, dann streicht man die Überprüfung». Ich finde, die Sozialbehörde oder der Sozialdienst soll schauen: «Okay, wir haben dieses Jahr viele Versicherte in der Helsana, weil wir letztes Mal alle in der Helsana versichert haben, und jetzt ist die Helsana 7 Franken teurer als die günstigere, also lassen wir doch jetzt den Aufwand, wegen dieser 7 Franken zum Wechsel anzuhalten.» Und diese Überprüfung geht dann sehr, sehr kurz. Heute muss man hingegen, wenn man sieht, dass es 1 Franken unter der regionalen Durchschnittsprämie ist, anpassen, man ist dazu verpflichtet.

Ich weiss einfach nicht, wie man das Gesetz anders auslegen kann, dieses Wort «verpflichtet». Und sonst helfen Sie uns doch, damit wir das Sozialhilfegesetz in der Kommission anpassen können und sagen, dass dort «können» statt «sind verpflichtet» steht. Dann haben wir alles erreicht, was Sie wollten. Und ich würde sonst vielleicht mal bei der Sozialbehörde, wenn Sie die Stadt Zürich genannt haben, anfragen, wie sie dort den Aufwand der sozialen Dienste einschätzen. Sie haben gesagt, dass könne man alles nachlesen. Die konkreten Zahlen haben Sie jetzt vorher nicht genannt, aber wir könnten dann auch im Rahmen einer Vernehmlassung bei den Gemeinden anfragen, wie sie diesen Verpflichtungsaufwand, der mehr kostet, als er nützt, wie sie das einschätzen. Wir führen eine Vernehmlassung durch und dann wissen wir, wie hoch der Aufwand für die Gemeinden ist. Daher unterstützen wir die parlamentarische Initiative, um diesen Zwang gegenüber den Gemeinden aufzuheben.

Jeannette Büsser (Grüne, Horgen) spricht zum zweiten Mal: Ich freue mich sehr darüber, dass sehr viele Menschen hier eine Ahnung haben, und ganz besonders, dass diese dann auch in der Kommission sitzen und wir uns austauschen können. Ich habe nicht gesagt, dass ich eine Ahnung habe, aber möchte das jetzt noch offenlegen: Ich habe über zehn Jahre als Sozialarbeiterin in der Sozialhilfe gearbeitet und ich weiss einfach, was das heisst, wenn man während vier bis sechs Wochen 85 bis 100 Klientinnen und Klienten erklären muss, warum jetzt wegen 5 Franken die Krankenkasse gewechselt werden muss. Aber ich denke, wir haben dann genügend Zeit in der Kommission. Das ist ja keine administrative Tätigkeit, Lorenz Habicher, sondern eine Debatte, eine Diskussion. Und wir werden eine gute Lösung finden. Vielen Dank.

Ratspräsident Jürg Sulser: Für die vorläufige Unterstützung einer parlamentarischen Initiative braucht es mindestens 60 Stimmen.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 28/2024 stimmen 93 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht. Die Initiative ist vorläufig unterstützt.

Ratspräsident Jürg Sulser: Die Geschäftsleitung wird die parlamentarische Initiative einer Kommission zu Bericht und Antrag zuweisen.

Das Geschäft ist für heute erledigt.

8. Verschiedenes

Fraktions- und persönliche Erklärungen

Fraktionserklärung der FDP und der SVP/EDU-Fraktion zum Ausbruch von Gefangenen aus dem Massnahmenzentrum Uitikon (MZU)

André Müller (FDP, Uitikon): Geschätzte Frau Regierungspräsidentin (*Natalie Rickli*), für einmal nicht Ihr Thema, aber trotzdem schön, dass Sie noch da sind (*nach der Debatte über KR-Nr. 123/2024*).

Ich möchte meine Interessenbindung bekunden: Ich wohne in Uitikon-Waldegg, in kurzer Distanz zum MZU. Ich verlese Ihnen eine Fraktionserklärung der SVP/EDU- und der FDP-Fraktion:

Im Massnahmenzentrum Uitikon, MZU, sitzen die kriminellsten Jugendstraftäter der Schweiz. Das MZU beherbergt in der geschlossenen Abteilung bis zu 30 männliche Straftäter. Sie sind zwischen 18 und 25 Jahre alt und haben Delikte wie sexuelle Gewaltstraftaten begangen. Mindestens acht Jugendliche sind in den letzten zehn Monaten aus dem Massnahmenzentrum Uitikon ausgebrochen. Vor rund zehn Monaten provozierten mehrere Gefangene einen Aufstand, zwei junge Männer konnten damals fliehen. Knapp zwei Wochen später flohen wiederum zwei Inhaftierte und jetzt, zehn Monate später, sind es vier Jugendliche, welche am Mittwochabend aus der geschlossenen Abteilung des MZU mittels Fensterbruch über das Dach und den stacheldrahtgeschützten Zaun ausbrechen konnten.

Einer der Flüchtlinge wurde in der Nacht auf Donnerstag in Dietikon verhaftet, wie die Kantonspolizei am Donnerstag gegenüber der Limmattaler Zeitung sagte, zwei weitere Flüchtlinge wurden am Donnerstagnachmittag zusammen in Schlieren erwischt. Nach dem vierten Ausbrecher wird noch gesucht. Obwohl mit diversen Medienverantwortlichen personell sehr gut ausgestattet, hat sich die JI (*Direktion der Justiz und des Innern*), welche die Verantwortung für den erneuten Ausbruch trägt, nicht gegenüber der Öffentlichkeit zum Vorfall verlauten lassen.

Die Fraktionen der SVP/EDU und der FDP beobachten die Entwicklung und die Einfachheit, wie aus dem Massnahmenzentrum ausgebrochen werden kann, mit grosser Sorge. Wir erwarten, dass die JI alles tut, um Ausbrüche zu verhindern, und dass Ausbrüche aus dem MZU nicht einfach hingenommen werden, weil jugendliche Straftäter möglichst mit Samthandschuhen angefasst werden. Damit das Massnahmenzentrum Uitikon auch weiterhin

tragbar bleibt, muss die Sicherheit des Zentrums verbessert werden; dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Zürcher Bevölkerung auch vor jugendlichen Kriminellen zu schützen ist.

Wir erwarten, dass die JI dem Kantonsrat und der Öffentlichkeit klarmacht und verbindlich aufzeigt, wie die Sicherheit des Massnahmenzentrums verbessert und der Schutz der Bevölkerung gewahrt bleibt. Ich danke Ihnen auch insbesondere im Namen aller Einwohner von Uitikon. Danke.

Fraktionserklärung der FDP und der SVP/EDU-Fraktion zu den Protesten an verschiedenen Universitäten

Anita Borer (SVP, Uster): Ich verlese Ihnen eine Fraktionserklärung von SVP/EDU und FDP:

Linksautonome Studentinnen und Studenten besetzen seit Tagen die Unis in Lausanne und Genf. Sie stören den Unibetrieb massiv, schüren mit ihren marxistischen und antisemitischen Slogans Angst bei der mehrheitlich schweigenden Studentenschaft und versuchen, dieser ihre extremistische Haltung gewaltsam aufzuzwingen. Eine entsprechende Protestaktion an der ETH Zürich wurde zum Glück dank raschem Handeln der Verantwortlichen und der Polizei innert kurzer Zeit wieder aufgelöst. Dennoch ist die Stimmung aufgeheizt. Die lauten, einseitig vereinnahmten und oft von antisemitischen Parolen begleiteten Proteste sind eine Gefahr für die Demokratie, schüchtern Andersdenkende, insbesondere jüdische Studentinnen und Studenten, ein und gefährden den Grundsatz der Neutralität der öffentlichen Schulen. Wir sind besorgt über diese Entwicklung. Je grösser die Proteste werden, desto grösser ist die Gefahr, dass extremistische Äusserungen und Taten salonfähig werden.

Für uns ist klar, eine Ausbreitung dieser gefährlichen Bewegung muss dringend vermieden werden. Dem Kanton Zürich mit seinen Universitäten kommt dabei eine grosse Bedeutung zu. Wir fordern daher, dass im öffentlichen Raum – und ganz besonders in staatlichen Institutionen – konsequent keine Demonstrationen zugelassen werden, bei denen extremistische und antisemitische Äusserungen zu hören sind. Jede Form von Extremismus, Rassismus und Antisemitismus muss im Keim erstickt und sanktioniert werden. Das entsprechende Vorgehen soll allen Studenten klargemacht werden, um solche Proteste gar nicht aufkommen zu lassen. Studentinnen und Studenten, welche unerlaubt protestieren, sollen verwarnt und in bestimmten Fällen von der Universität weggewiesen werden. Zudem muss sichergestellt sein, dass geschichtliche Ereignisse aufgearbeitet und aus unterschiedlichen Blickwinkeln möglichst neutral beleuchtet werden, um einseitige Verurteilungen zu vermeiden und extremistischen Haltungen entgegenzuwirken. Hierbei neh-

men wir insbesondere auch den Lehrkörper, die Professorinnen und Professoren in die Verantwortung. Für uns sind diese Massnahmen zwingend erforderlich, um unsere demokratischen Gepflogenheiten des offenen Diskurses und die politische Neutralität unserer Schulen zu schützen.

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

– **Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Krankenkasse durch den Kanton Zürich**

Motion *Jeannette Büsser (Grüne, Horgen), Brigitte Rösli (SP, Illnau-Effretikon), Nicole Wyss (AL, Zürich)*

– **Braucht der innerkantonale Finanzausgleich eine Auffrischung?**

Postulat *Mario Senn (FDP, Adliswil), Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), Beat Habegger (FDP, Zürich)*

– **Flexibilität im PBG von Arbeitsplatz- und Wohnzonen zur Förderung von Wohnraum**

Postulat *Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), Thomas Anwander (Die Mitte, Winterthur), Daniel Rensch (GLP, Zürich), Donato Flavio Scognamiglio (EVP, Freienstein-Teufen)*

– **Begleitung und Unterstützung von Minderjährigen in Fragen der Geschlechtsidentität und -umwandlung**

Postulat *Roger Cadonau (EDU, Wetzikon), Elisabeth Pflugshaupt (SVP, Gossau)*

– **Begleiten, nicht leiten – Good Governance zum Ersten – im Universitätsrat**

Parlamentarische Initiative *KBIK*

– **Begleiten, nicht leiten – Good Governance zum Zweiten – im Fachhochschulrat**

Parlamentarische Initiative *KBIK*

– **Massnahmen-Zentrum Uitikon, Pannenserie oder eklatante Mängel?**

Anfrage *Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), André Müller (FDP, Uitikon), Janine Vannaz (Die Mitte, Aesch),*

– **Zürich als Austragungsort des Eurovision Song Contest 2025**

Anfrage *Chantal Galladé (GLP, Winterthur), Alan David Sangines (SP, Zürich)*

– **Sicherheit von kritischen Infrastrukturen im Kanton Zürich**

Anfrage *Roger Schmidinger (SVP, Urdorf), Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen), Daniel Wäfler (SVP, Gossau)*

– **CO₂-Reduktion dank Pflanzenkohle**

Anfrage *Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), Florian Heer (Grüne, Winterthur), Stefan Schmid (SVP, Niederglatt)*

– **Gefährliche Uniproteste – Ausweitung vermeiden**

Anfrage Anita Borer (SVP, Uster), Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich)

Schluss der Sitzung: 12.10 Uhr

Zürich, den 13. Mai 2024

Die Protokollführerin:
Heidi Baumann